Einzelpreis 35 Mark

Halle, Freitag, den 12. Januar

Jahrg. 1923 • Nr. 10

Schriftleitung Harz 42-44 Fernruf Nr. 4067 [illegible]
Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage mit dem täglichen Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Für die Frauen" und „Für die arbeitende Jugend". Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Sprechst. der Redaktion mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42-44, Fernruf [illegible]. Zweiggeschäftsstelle u. Buchhandlung Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 20[illegible] Erfurt. Bezugspreis: wöchentlich 200 Mk., monatlich 800,— Mk. inklusive Zustellungs-Gebühr. Für Selbstabholer 187,50 Mk. wöchentlich bezw. 750 Mk. monatlich. Durch die Post bezogen monatlich 750 Mk. und 50 Mk. Nachzahlung. Anzeigenpreise: Die 10 gespaltene Millimeterzeile 40 Mk., als Reklame im Textteil 150 Mk. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags für die näc. Nr.

Unter französischer Militärgewalt.

Einmarsch mit Tanks, Panzerautos, Kavallerie und endlosen Infanterie-Bataillonen. • Ein Gürtel von mehreren Divisionen um Essen marschbereit konzentriert. • Der Empfang in Essen durch die Bevölkerung und beim Oberbürgermeister.

Auf zum Massenprotest!

Gegen den Imperialismus! Für die Verständigung der Völker!

Genossen und Genossinnen!

Der französische Imperialismus ist mit belgischen Hilfstruppen in das Ruhrgebiet eingedrungen. Er gibt vor, sich dadurch im Versailler Diktat ihm zugesprochene Reparationen sichern zu wollen. Die angeblichen deutschen Verfehlungen geben der französischen Regierung aber nach dem Vertrag nicht das geringste Recht zur Anwendung dieser brutalen Methode der Gewalt, sondern nur das Anrecht auf Ersatz der Sachleistung durch Barzahlung.

Die deutsche Sozialdemokratie ist seit dem Ende des Kriegs stets dafür eingetreten, daß Deutschland zum Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete Frankreichs und Belgiens Material bereitstellt und Zahlungen in den Grenzen seiner Fähigkeit leistet. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands hängt aber ab von der Sicherheit seiner wirtschaftlichen Betätigung. Militaristische Gewalttaten müssen die wirtschaftliche Erholung Deutschlands hindern, seinen Kredit zerstören und damit die Grundlage zur Erlangung der notwendigen Anleihen beseitigen, die die Voraussetzung von wesentlichen Reparationszahlungen sind.

Die Erweiterung des besetzten Gebietes ist unvereinbar mit dem Versailler Vertrag. Sie zeigt, daß auch vier Jahre nach dem Kriegsende der französische Militarismus, gefolgt von belgischen Hilfstruppen, noch mit den Mitteln des Kriegs arbeitet. Sie zeigt, daß trotz Völkerbund keine Befriedung Europas erreicht ist. Die Erweiterung des besetzten Gebietes erfordert eine Vermehrung der Ententetruppen. Sie hat zur Folge, daß dem militaristischen Moloch Goldmilliarde über Goldmilliarde geopfert wird, während der Aufbau der verwüsteten Gebiete, der mit diesen Milliarden erfolgen könnte, sträflich vernachlässigt wird.

Für die Bewohner des Ruhrgebietes bringt die französische Gewaltpolitik alle die Leiden, die die Bevölkerung des linksrheinischen Gebietes nun seit mehr als vier Jahren der Fremdherrschaft kennt. Wir sind überzeugt, das insbesondere die Arbeiterschaft in dem neubesetzten Gebiete sich mit derselben Treue zur deutschen Republik bekennen wird, wie das die Arbeiterschaft links des Rheins seit Kriegsende getan hat.

Unser Protest gegen die Gewaltmethoden des französischen Militarismus wird in der Welt draußen um so eher Widerhall finden, wenn die deutsche Bevölkerung besonnen und fest für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes eintritt. Aus diesem Grunde lehnt die Sozialdemokratische Partei es auch ab, mit Nationalisten, denen es, wie ihre Sprache beweist, nicht um Völkerverständigung, sondern um Völkerverhetzung zu tun ist, gemeinsam zu demonstrieren. Die Sozialdemokratische Partei wird dies in eigenen Veranstaltungen tun. Wir rufen die Parteigenossinnen und Parteigenossen im ganzen Reich auf, am kommenden Sonntagvormittag in Versammlungen gegen die neueste Verletzung des Völkerrechts, gegen jeglichen Imperialismus, für die Befriedung Europas, für die Verständigung der Völker zu demonstrieren.

Parteigenossinnen und Parteigenossen, Ihr habt die Pflicht, in diesen Versammlungen in Massen zu erscheinen. Die Verhandlungen der Sozialistischen Internationale in Köln haben gezeigt, daß die Arbeiter auch in den Ländern der Entente gewillt sind, mit aller Kraft gegen die Besetzung des Ruhrgebietes zu protestieren. Je wuchtiger Euer Protest ist, desto mehr wird er diese Aktionen des internationalen Proletariats unterstützen.

Nur durch die Zusammenarbeit der Arbeiter der ganzen Welt wird es gelingen, einen wirklichen Friedenszustand in Europa herzustellen und alle militaristischen Gewaltmethoden aus den Völkerbeziehungen auszuschalten. Deutsche Arbeiter, Beamte und Angestellte, bekundet am Sonntag in den Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei Euren Willen zur Völkerverständigung und Euren Protest gegen die Erweiterung militaristischer Fremdherrschaft auf deutschem Boden!

Berlin, den 11. Januar 1923.

Der Vorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

*

An unsere Organisationen im Bezirk!

Gemäß dem Aufrufe des Parteivorstandes fordern wir unsere Organisationen auf, am kommenden Sonntagvormittag in allen größeren Orten des Bezirks eigene Protestversammlungen in geschlossenen Räumen gegen die gewaltsame Besetzung des Ruhrgebiets durch den französischen Imperialismus zu veranstalten.

Die Bezirksleitung der USPD. Halle.

Der Protest der Gewerkschaften.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands erheben gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen vor aller Welt den schärfsten Protest. Sie erblicken in dieser Maßnahme einen jeder rechtlichen Grundlage entbehrenden Gewaltakt und den Ausdruck schlimmster imperialistischer Gewaltpolitik, die von den organisierten deutschen Arbeitnehmern stets bekämpft worden ist, gleichviel von welcher Seite sie geübt wurde. Die deutsche Wirtschaft erleide von diesem Gewaltakt eine katastrophal wirkende Erschütterung, unter der in erster Linie die werktätige Bevölkerung Deutschlands zu leiden hat und von der in weiterer Folge die Arbeiter der ganzen Welt auf das schwerste betroffen werden.

Die freien Gewerkschaften sind zu diesem Protest um so mehr berechtigt, als sie seit Beendigung des Krieges sich rückhaltlos für die Wiedergutmachung und den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete eingesetzt haben. Alle Angebote der deutschen Gewerkschaften für den Wiederaufbau konnten nicht zur Ausführung gelangen, weil die französische Regierung diese Versuche bisher verhindert hat. Die deutschen Gewerkschaften sind nach wie vor zu einer der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft entsprechenden Wiedergutmachung bereit. Sie sehen aber in diesem militärischen Gewaltakt die Verhinderung, wenn nicht gar die dauernde Zerschlagung der wirtschaftlichen Voraussetzungen zur Erfüllung dieser Absicht.

Die französisch-belgische Einmarsch-Note verpflichtet die deutschen Gewerkschaften unter Androhung scharfer Strafen, allen wie immer gearteten Befehlen der Besatzungsbehörden widerspruchslos Folge zu leisten, sogar sie zu unterstützen. In den schlimmsten Tagen der Reaktion haben die herrschenden Gewalten an die Gewerkschaften derartig entwürdigende Zumutungen nicht zu stellen gewagt.

Die hier von den Besatzungsmächten aufgestellten Grundsätze widersprechen allen im Völkerbundsvertrag enthaltenen Sicherungen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der damit in untrennbarem Zusammenhang stehenden Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer.

Die Gewerkschaften rufen die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, alles Trennende in ihren Reihen zurückzustellen und den ihnen aufgezwungenen Kampf gegen den unersättlichen und kriegerischen Imperialismus geschlossen zu führen.

Sie erwarten von der Regierung Maßnahmen, damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder vorwiegend getragen werden müssen. Sie halten es für selbstverständlich, daß die Verlegung des Kohlensyndikats nicht zur Aufhebung der gemeinwirtschaftlichen Kohlenbewirtschaftung führt.

Die freien Gewerkschaften Deutschlands rufen die Arbeiter aller Länder auf, ihnen den Kampf gegen die Verweigerung der fundamentalsten Grundrechte der Arbeitnehmer und gegen ihre Verelendung nicht allein zu überlassen; denn ihr Kampf ist auch der Kampf der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Berlin, den 11. Januar 1923.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Allgemeiner Freier Angestelltenbund (Afa-Bund).
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

General Degoutte beim Essener Oberbürgermeister.

Dr. Luther legt feierlichen Einspruch gegen die Vergewaltigung der Stadt ein.

Essen, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Verhandlungen, die der Oberbürgermeister mit dem französischen Kommandierenden hatte, erfahren wir aus Gesprächen mit französischen Journalisten noch folgendes: Der General schickte einen Stabshauptmann zum Oberbürgermeister, um ihm zu sagen, daß er den General vor der Tür des Rathauses erwarten solle. Der Oberbürgermeister lehnte dieses Ansinnen ab und ließ dem General sagen, wenn er ihn zu sprechen wünsche, sei er bereit, ihn in seinem Amtszimmer zu empfangen. Schließlich begab sich der Kommandierende an der Spitze einer feierlichen Eskorde von drei hohen französischen Offizieren, 12 Stabsoffizieren und endlich ebenso viel Subaltern-Offizieren in das Zimmer des Oberbürgermeisters. Der Empfang und der ganze Verlauf der Verhandlung war rein formell und ausgesprochen eisig. Der französische General eröffnete dem Oberbürgermeister, daß er im Auftrage seiner Regierung verschiedene Maßnahmen durchzuführen habe, nämlich die Besetzung der einzelnen Gebäude. Wenn diese Maßnahmen durchgeführt seien, werde die Besetzung zum größten Teil wieder aus der Stadt entfernt. Er hinterlasse einen Kommissar, der die Führung der weiteren Angelegenheiten übernehme. Im alten Essen werden 30 Offiziere und etliche hundert Mann verbleiben, in Essen selbst ein General, 30 Offiziere und 300 Mann, der übrige Teil in der Umgebung. Für diese Militärs wurde sofort die Bereitstellung von Papieren verlangt.

Der Oberbürgermeister entgegnete, daß er sich nur dem militärischen Zwange füge und daß er gleichzeitig namens der Stadt Essen feierlichen Einspruch gegen diese Vergewaltigung der Stadt erhebe. Der General nahm diesen Protest zur Kenntnis und verschwand.

Der Wahnsinn marschiert.

Französischer Einmarsch mit ungeheurem militärischen Aufwand. — Mehrere Divisionen feldmarschmäßig um Essen konzentriert. — Warum jagt das französische Volk seine Regierung nicht zum Teufel?

Bochum, 11. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Seit Donnerstag mittag ist Deutschland seiner wichtigsten Lebensader beraubt. Durch eine militärische Aktion, die hauptsächlich von Frankreich diktiert wurde, sind ihm Gebietsteile genommen, deren Produktionskraft in jeder Hinsicht für die Lebensfähigkeit des deutschen Volkes von ausschlaggebender Bedeutung ist. Drei Fünftel der deutschen Kohlen werden im Ruhrgebiet gefördert, davon allein ungefähr zwei Fünftel in dem Teil, der jetzt von Militär besetzt und wirtschaftlich vollkommen von französischen und belgischen Ingenieuren abhängig ist. Arbeitslosigkeit im Innern Deutschlands werden die ersten verheerenden Folgen sein, die der jetzt durchgeführte und lange angestrebte Gewaltakt im Ruhrgebiet nach sich zieht. Mag Poincaré auch noch so oft seine Aktion mit den finanziellen Notwendigkeiten seines Landes verteidigen, darüber täuscht nichts mehr hinweg: nachdem die ausschließlich militärische Besetzung des Westens bis einschließlich Duisburg der französischen Politik keine Erfolge gebracht hat, sucht man durch eine kombiniert militärisch-wirtschaftliche Aktion die Vernichtung der deutschen Reichseinheit durch Herbeiführung der Zersetzung im Innern zu erreichen.

Der Hauptstoß der französischen Aktion richtete sich naturgemäß gegen Essen, das außer Mülheim-Ruhr, Oberhausen, dem Landkreise Dinslaken, einem Teile des Landkreises Recklinghausen und seinem eigenen Landkreise dem wirtschaftlichen Einfluß der deutschen Behörden mit dem heutigen Tage entzogen ist. Die leitenden Amtsstellen des wirtschaftlichen Lebens, das Kohlensyndikat, die Eisenbahn, Post, Telegraph und die Kanalbau-Direktion wurden militärisch besetzt. Der Einmarsch der Franzosen erfolgte mit einem ungeheuren militärischen Aufwand. Tanks, Panzerautos, Kavallerie, Motorfahrzeuge, Radfahrkompagnien, endlose Infanterie-Bataillone wurden verwendet, kurz alles, was den Wahnsinn des französischen Militarismus kennzeichnet, war zu sehen. Die Kavallerie-Pferde trugen Patronengurte um den Hals. Nach erfolgter Durchsuchung der wirtschaftlichen Zentralstellen wie des Kohlensyndikats und der Kanalbau-Direktion, die inzwischen ihre Haupttätigkeit von Essen in das Innere Deutschlands verlegt hatten, wurde in weitem Kreise das ganze Netz der Straßen und Zugänge zum Rathaus durch Panzerautos und starke doppelte Kordons von Kavallerie abgesperrt, die sich ab und zu das Vergnügen leisteten, in die sich bildenden Kreise der Neugierigen hineinzureiten. Nach der Beendigung der Verhandlung des Oberkommandierenden General Degoutte mit dem Oberbürgermeister zogen die Truppen zum großen Teile unter Zurücklassung eines Kommandeurs, 30 Offizieren und 300 Mann in der Stadt selbst zur Bewachung der ehemals wirtschaftlichen Monopolgebäude wieder ab. Damit aber ist der Anschein, daß es sich nur um eine „rein wirtschaftliche" Aktion unter militärischer Sicherung handelt, nicht gewahrt. Die Truppen stehen feldmarschmäßig in Stärke von mehreren Divisionen an der Peripherie von Essen.

Der erste militärische Akt in dem neubesetzten Gebiet war die Verkündung des Belagerungszustandes. Sofort nach Durchzug der ersten Truppen wurden Plakate angeklebt, wie sie inhaltlich bei der Besetzung von Duisburg und Düsseldorf Verwendung gefunden haben. Preßfreiheit wird natürlich „aufrechterhalten", — jedoch sollen Beleidigungen mit schweren kriegsgerichtlichen Strafen bedacht werden. Weiter heißt es in der Verordnung:

„Die deutschen Gesetze und insbesondere die sozialen und Arbeitergesetze verbleiben in Kraft. Der Achtstundentag bleibt grundsätzlich aufrechterhalten. . . . Die deutschen Behörden haben den Befehlen, die ihnen von militärischer Seite erteilt werden, unbedingt Folge zu leisten. Sie haben den militärischen Behörden von sämtlichen wichtigen Ereignissen unverzüglich Kenntnis zu geben. . . . Die Polizei wird weiterhin die Ordnung aufrechterhalten." — Ferner wird die Ablieferung sämtlicher Waffen verlangt; jeder Bewohner des neubesetzten Gebiets und jeder Zureisende muß im Besitz eines Personalausweises sein. Verschärfungen dieser Verordnung behält sich die Besatzungsbehörde natürlich vor.

Die „rein wirtschaftliche" Aktion wird also militärisch geleitet, wie die „rein militärischen" Besatzungsmaßnahmen im

Vormittag 10 Uhr: Dollar 10475

[illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230112-17/fragment/page=0001
DFG

Brückenkopfgebiet Duisburg-Düsseldorf. Das ist für uns Beweis genug, daß Frankreich in den neubesetzten Landesteilen ebensowenig Erfolg haben wird, wie in den Gebieten, die vor eineinhalb Jahren einem Gewaltakt des Militarismus über sich ergehen lassen mußten. Die „wirtschaftliche Aktion" muß im Gegenteil bald zuungunsten Frankreichs wirken. Das verhüten — kann das französische Volk. Aber Voraussetzung bleibt: Fort mit dieser Regierung! Wie lange noch duldet die französische Bevölkerung den Wahnsinn seiner Militärs, die Milliarden nutzlos hinauswerfen, statt sie zum Ausgleich dem Etat zuzuführen, Milliarden sinnlos verschleudern, um ein Volk zu brandschatzen, das seit Jahren versucht, Nordfrankreich wiederaufzubauen und bereit ist, entsprechend seinen Kräften das Verbrechen der ehemals Regierenden wiedergutzumachen?

Daß die französische Aktion dem Volke nicht viel einbringt, dafür wird die Bevölkerung der neubesetzten Gebietsteile sorgen. Der Empfang der Franzosen in Essen, der geharnischte Protest jeder neubesetzten Gemeinde sollte zeigen, wie die deutsche „Sympathie" für Frankreich aussieht. Das Traurige an diesem Wahnsinn bleibt nur, daß er sich vollziehen konnte unter dem stillschweigenden Einverständnis von Mächten, die die französische Aktion von vornherein als sinnlos gekennzeichnet haben.

Belagerungszustand!

Essen, 12. Januar. Der französische Kommandierende hat eine Verordnung erlassen, die in der Hauptsache besagt, daß in dem neubesetzten Gebiet der Belagerungszustand verhängt wird. Die Presse darf ohne Zensur weiter erscheinen, doch werden Verfehlungen gegen die Besatzungstruppen geahndet. Die deutsche Polizei bleibt unverändert im Dienste. Der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr bleibt bis auf weiteres unbehindert bestehen. Der Verkehr auf der Eisenbahn und in den Straßen erleidet weder bei Tage noch bei Nacht eine Einschränkung. Waffen und Munition sind an die Gemeindebehörde abzuliefern.

Vor der Besetzung Gelsenkirchens?

Oberhausen, Sterkrade, Horst und Gladbeck bereits besetzt.

Essen, 12. Januar. Ueber die Besetzung Essens wird u. a. gemeldet: Gestern nachmittag trafen die französischen Truppen im Zentrum der Stadt ein. Es wurden sofort Maschinengewehre in Stellung gebracht und eine Reihe öffentlicher Gebäude besetzt. Der gesamte Postverkehr war auf lange Zeit unterbrochen. Französische Offiziere richteten nach Wiederaufnahme des Fernsprech- und Telegraphenverkehrs eine Kontrolle ein. Das Kohlensyndikatsgebäude wurde durch größere Kavallerieabteilungen besetzt. Danach rückten neue Truppen ein. Die Bevölkerung verhielt sich völlig schweigend. Die Geschäfte waren geschlossen. Da Tankfeuerwacher und Flugzeuge in der Richtung auf Gelsenkirchen konzentriert werden, rechnen die Blätter damit, daß Gelsenkirchen heute besetzt werden wird. In Oberhausen, Sterkrade, Horst und Gladbeck sind die Franzosen bereits eingerückt.

Die erste kommunistische Aktion.

Und ihr Erfolg.

Bochum, 11. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Sofort nach Ankunft der Besatzungstruppen wurde von der Kommunistischen Jugend-Internationale in Essen ein Plakat angeklebt, das die französischen Soldaten auf den Wahnsinn der Poincaré und dergl. hinweist und sie auffordert, für die Weltrevolution zu arbeiten, indem sie es ablehnen, für den Militarismus zu arbeiten, wie es die deutschen Kommunisten ablehnen, für Stinnes und Konsorten einzutreten.

Zwar hat die Besatzungsbehörde einen ungehinderten Post- und Telegraphenverkehr zugesagt, der erste Erfolg dieser Zusage ist jedoch, daß die deutschen Journalisten Essen verlassen mußten, um ihre Telefonate nach Berlin zu geben.

Die „Hoffnungen" auf Amerika und England.

Neuyork, 12. Januar. „New York World" berichtet aus Washington: Das Staatsdepartement gab die vorher verschwiegene Tatsache bekannt, daß es Frankreich mitgeteilt habe, es würde die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückführen, wenn Frankreich seine Drohung hinsichtlich des Einmarsches ins Ruhrgebiet ausführe. — „New York Herald" erfährt, keine Stimme des Protestes sei im amerikanischen Kongreß gegen die Aktion des Präsidenten Harding laut geworden. Die einzige Kritik bestehe in der Forderung nach praktischeren Maßnahmen, um Frankreich zu überzeugen, daß Amerika die Anwendung militärischer Gewalt mißbilige.

London, 12. Januar. (Reuter.) In der Kabinettssitzung wurde kein Beschluß gefaßt, der eine nennenswerte Aenderung der britischen Politik bezüglich des französischen Vormarsches mit sich bringen dürfte. Bis jetzt ist kein Anzeichen vorhanden, daß die Regierung beabsichtige, die britischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen.

London, 12. Januar. Die britischen Vertreter in der Rheinlandkommission, der Reparationskommission und im Botschaftsrat werden an ihrem Platze belassen.

Einstellung der Lieferung von Reparationskohle.

Auf Veranlassung der Reichsregierung.

Berlin, 12. Januar. Wie den Blättern mitgeteilt wird, wurde der Transport der Reparationskohle seit gestern morgen 9 Uhr eingestellt infolge Anordnung der Reichsregierung. Die Truppentransporte über Trier haben wieder eingesetzt. Den Zeitungen wird weiter mitgeteilt, daß die Verlegung des Kohlensyndikats nach Hamburg keine Aenderung der zwangsweisen Bewirtschaftung der Kohle nach sich zieht, ebensowenig die bevorstehende Auflösung des Syndikats im März. Die Einstellung der Leistungen gegen die vertragsbrüchigen Länder unterliegt in ihren Einzelheiten noch der Erwägung. Es wird nicht möglich sein, den Verkehr mit allen Kommissionen abzubrechen, weil in mehreren derselben auch Vertreter der Länder beteiligt sind, die sich keines Vertragsbruches schuldig machten.

Aufruf des Reichspräsidenten!

Reichspräsident und Reichsregierung erlassen folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Ein neuer Gewaltstreich ist auf Deutschland herniedergegangen. Mit wohlberechneter Wucht trifft der Schlag der französischen Kraft den unbeschützten Lebenspunkt der deutschen Wirtschaft, längst vorhergesehen und doch unerwartet.

Vorhergesehen: denn die Pläne und Wünsche der Pariser Machtpolitik sind ohne Scheu auf Gassen und Märkten erörtert worden.

Unerwartet: denn immer blieb die Hoffnung, daß die wirtschaftliche Vernunft des französischen Volkes die politische Begehrlichkeit seiner Machthaber zügeln würde.

Hat wirklich der Glaube geherrscht, daß den französischen Nöten durch Zerstörung des deutschen Arbeitszentrums abzuhelfen wäre, so muß die schwerste Enttäuschung folgen. Gegen den Rat der Fachmänner aller Welt will Frankreich die Probe machen. Daß es bei dem Versuch scheitern muß, ist unsere Ueberzeugung.

Doch uns fehlt die Macht, diese Tat der Verblendung, die sich gegen Deutschland wie gegen die gesamte Wirtschaft richtet, aus eigenen Kräften zu verhindern. Was geschehen konnte, um das Unheil abzuwehren, haben wir versucht. Das hereingebrochene Unheil zu lindern und zu beenden, wird unser Denken und Trachten sein. Dabei leiten uns die Würde und das Recht der Nation, mit der wir uns eins fühlen auch in der Kraft des guten Gewissens.

Alle Herzen erfüllt die ungeheure Bitterkeit dieser Stunde, wo über weitere Teile unseres Vaterlandes das Schicksal hereinbricht, die Leiden der Fremdherrschaft ertragen zu müssen. Vermehrte Not für unser sorgenbedrängtes Volk muß der Einbruch in die Hauptstätten unserer Arbeit im Gefolge haben.

Um so dringender aber ergeht der Ruf an alle Volksgenossen: Erschwert nicht das Los der am härtesten betroffenen Landsleute.

Erfüllet aufrechten Sinnes und klaren Kopfes die Forderung des Tages: keine Handlung darf geschehen, die unsere gerechte Sache schädigt. Schwerste Schuld am eigenen Volke würde auf sich laden, wer sich hinreißen ließe, durch eine unüberlegte Tat dem Gegner in die Hand zu arbeiten. Von eiserner Selbstbeherrschung jedes einzelnen hängt Wohl und Wehe der Gesamtheit ab.

Jetzt mehr als jemals leuchte uns das Beispiel der Würde und der moralischen Kraft voran, das die Rheinlande in Jahren des Leidens gegeben haben.

Den treuen rheinisch-westfälischen Brüdern gilt heute vor allen anderen unser Gruß. Ihr werdet die eichenfeste Zähigkeit bewahren, die Euer altes Erbteil ist, und ungebrochen werdet Ihr diesen Weiterbrauen überdauern. Ihr, die kein Sturm der Weltgeschichte jemals entwurzelt hat!

Ihr seid die Zeugen, wie Frieden und Recht von neuem gebrochen werden. Mit Euch erheben wir Protest vor der Welt gegen den Bruch des Vertrages, gegen den schwereren Bruch des sittlichen Rechtes unseres Volkes auf Leben, Bestand und Selbstbestimmung.

Eine schwere Zeit hebt an, wohl schwerer noch als die Jahre, die wir seit dem Kriege durchlebten. Wie lange die Prüfung dauern wird, vermag niemand zu sagen. Nur das wissen wir, daß die Not gesteigert und verlängert wird, wenn Volk und Staat ihr nicht in untrennbarer Einheit begegnen. Aber das auch wissen und hoffen wir, daß festes Zusammenstehen des ganzen Volkes sie kürzen wird. Dazu wollen wir uns die Hände reichen und die Herzen stark machen.

In Stadt und Land laßt uns den nächsten Sonntag unter all dem äußeren Druck der inneren Erhebung widmen und überall durch alle deutschen Gaue in Haus und Hütte unseres Vaterlandes gedenken seines Leides und seines Rechts!

Die Zentrumpartei fordert zu Kundgebungen auf.

Berlin, 12. Januar. Ein Aufruf der deutschen Zentrumspartei erhebt Protest gegen die neue Vergewaltigung des wehrlosen deutschen Volkes durch die Franzosen und Belgier mit der Ruhrgebietsbesetzung. Die Parteigenossen werden für Sonntag, den 14. Januar, zu gewaltigen öffentlichen Kundgebungen, wenn möglich mit anderen Parteien, aufgefordert.

Der Reichsrat protestiert.

In der Donnerstag-Sitzung des Reichsrates gab vor Eintritt in die Tagesordnung der Vertreter Preußens, Staatssekretär Genosse Göhre, folgende Erklärung ab, die die Versammlung stehend anhörte:

„Der Reichsrat als verfassungsmäßige Vertretung der deutschen Länder erhebt in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung einmütig Protest gegen die von der französischen und belgischen Regierung durch die Besetzung eines Teils des Ruhrgebietes an dem deutschen Volk unter Bruch des Vertrags von Versailles begangene Vergewaltigung. Der Reichsrat bezeugt vor der ganzen Welt, daß das deutsche Volk bemüht gewesen ist, die ihm auferlegten, nach dem Urteil erster wirtschaftlicher Autoritäten der Erde untragbaren Lasten bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen, und daß es dazu auch in Zukunft bereit gewesen wäre. Wenn nunmehr durch einen beratungslosen Ueberfall auf das wehrlose deutsche Volk die Wiedergutmachung unmöglich gemacht, der Friede Europas erneut gefährdet und das Zusammenleben der Nationen abermals vergiftet wird, so trägt die Schuld daran ausschließlich die Gewaltpolitik Frankreichs.

Gegen eine Politik mit solchen unheilvollen Folgen ruft der Reichsrat das Urteil der rechtlich Denkenden aller Länder an. Die bedrängten Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr aber versichert er seiner tätigen Hilfe. Er ist gewiß, daß sie in Besonnenheit und Würde ausharren werden bis zum Tage der Befreiung."

Der Reichsrat beschäftigte sich in derselben Sitzung u. a. mit dem Gesetz über die Abänderung des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse. Die Vorlage will die Holzabgabe der Waldbesitzer von ½ auf 1½ Prozent erhöhen. Auf Antrag der sächsischen Regierung, gegen den sich der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums aussprach, wurde mit 37 gegen 29 Stimmen beschlossen, die Abgabe zunächst nur auf 1 Prozent zu erhöhen. Gegen diesen Antrag stimmten das preußische Staatsministerium, Berlin, Westpreußen-Posen, Provinz Sachsen, Westfalen, Baden, Hessen, Hamburg, Lübeck, Bremen, Oldenburg, Lippe und Schaumburg-Lippe.

Am Freitagnachmittag wird sich der Reichsrat in einer neuen Vollsitzung mit der eben vereinbarten Erhöhung der Beamtengehälter beschäftigen.

Ein nationaler Trauertag.

Die Anordnungen der preußischen Staatsregierung.

Berlin, 12. Januar.

Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht die folgende Bekanntmachung:

Der schwere Rechtsbruch, den Frankreich unter Mißachtung des Friedensvertrags durch die widerrechtliche Besetzung friedlicher Gebiete im Westen unseres bedrängten Vaterlandes begangen hat, erfüllt das ganze deutsche Volk mit Empörung und tiefer Trauer. Der Ernst der durch die Besetzung geschaffenen Lage bedarf keiner näheren Darlegung. Um den Gefühlen, die die gesamte Bevölkerung bewegen, auch nach außen hin in würdiger Weise Ausdruck zu verleihen, hat die Reichs- und Staatsregierung beschlossen, den kommenden Sonntag, den 14. Januar, als nationalen Trauertag allgemein zu begehen. Zu diesem Zwecke wird folgendes angeordnet:

Alle staatlichen und kommunalen Dienstgebäude haben am genannten Tag in den Reichs- und Landesfarben Halbmast zu flaggen. Theateraufführungen sowie Vorführungen von Lichtbildern und Lichtspielen haben zu unterbleiben, sofern nicht der ernste Charakter der Veranstaltung gewahrt ist. Verboten sind alle öffentlichen Tanzveranstaltungen, Bälle und Lustbarkeiten. Die Verlängerung der Polizeistunde am genannten Tag ist ausnahmslos ausgeschlossen.

Berlin, den 11. Januar 1923.

Namens des preußischen Staatsministeriums
Der Minister des Innern:
Severing.

•

München, 12. Januar. Das Staatsministerium des Innern hat für das rechtsrheinische Bayern den nächsten Sonntag zum vaterländischen Trauersonntag bestimmt und die öffentlichen Lustbarkeiten an diesem Tage verboten, auch alle Faschingslustbarkeiten.

Auch die sächsische Regierung hat, wie aus Dresden gemeldet wird, den kommenden Sonntag zum nationalen Trauertag bestimmt.

Aufruf der bürgerlichen Parteien an die Berliner Bevölkerung.

Berlin, 12. Januar. Die bürgerlichen Parteien des Reichstags fordern die Berliner Bevölkerung zu einer öffentlichen Protestkundgebung gegen die Ruhrbesetzung auf, die am Sonntagnachmittag 12 Uhr im Lustgarten stattfindet.

Paris, 12. Januar. Der deutsche Botschafter hat gestern die Leitung der deutschen Botschaft an den Botschaftsrat von Hesch abgegeben und um die Mittagsstunde Paris verlassen.

Hallisches Kunstleben.

Vorläufig keine Einschränkung des Stadttheater-Betriebes.

Unser Artikel in der Montag-Nummer des „Volksblatt" über die mögliche Schließung der Oper ist — wie mehrere Zuschriften beweisen — von einigen Seiten so verstanden worden, als ob uns das nötige Verständnis für das Wesen der Oper abgehe oder als ob wir womöglich ein Interesse an der Aufgabe oder der Einschränkung der Oper hätten. In Wirklichkeit haben wir nur ein Interesse an der Erhaltung des Theaters. Und um dessentwillen glaubten wir uns unverkennbaren Notwendigkeiten nicht verschließen zu dürfen. Nicht, weil wir die Oper im allgemeinen für weniger wertvoll hielten als das Schauspiel, fanden wir uns mit ihrer Beschränkung ab, sondern weil die Unmöglichkeit eines Opfers für uns außer Frage stand (und um Brinsch noch steht). Unser Artikel war auch keine Erörterung darüber, ob die umbeschränkte Fortführung des Theaterbetriebes ohne Schaden möglich sei. Unser Vorschlag setzte die unausweichliche Notwendigkeit und darum auch die selbstgewählte, wenn auch schmerzliche Duldung des Opfers voraus, und hatte allein zum Ziel, Halles Kunstleben nicht nur das zu erhalten, was heute, sondern vor allem das, was auch bei fortschreitender Verelendung voraussichtlich noch auf lange Zeit hinaus erhalten werden kann: das durch die feste und noch außerordentlich ausbaufähige Organisation der Volksbühne gestützte Schauspiel.

Selbstverständlich war uns bekannt, daß das Reich Zuschüsse von 70 Prozent zu dem Unterschied zwischen den Personalausgaben von 1921 und 1923 (nicht 70 Prozent der gesamten Besoldungsausgaben, wie irrtümlich behauptet worden ist) in Aussicht gestellt hat. Die Tatsache, daß jetzt voraussichtlich das Reich an Stelle der Kommune einen Teil des Fehlbetrags decken wird, ändert nichts daran, daß Defizit und andere Schwierigkeiten bestehen und sich fortwährend vergrößern werden; sie berührt also das Grundübel in keiner Weise, ganz abgesehen von der Tatsache, daß die Mittel des Reichs doch wahrlich keine üppigeren sind als die der Stadt.

Die Schwierigkeit der Beurteilung der Frage, welche Maßnahmen die für die Stadt günstigsten sind, liegt jedoch darin, daß sich die Wirtschaftlichkeit des Theaters keineswegs nach dem Umfang seines Betriebes abstuft und daß mit den eingesetzten Zahlen wegen der Unsicherheit des Reichszuschusses nur bedingungsweise zu rechnen ist. Als das verhältnismäßig unwirtschaftlichste erweist sich die völlige Schließung des Theaters, da sie an Pensionen für mehr als zehn Solomitglieder je 250 000 bis 275 000 Mk. und an Gesamtausgaben für Instandhaltung der Gebäude, Maschinen und Ausstattungsstücke dennoch etwa 10 bis 12 Millionen Mark erfordern würde. Dagegen betrüge der Zuschuß der Stadt bei einschränkungsloser Fortführung des Theaters — allerdings unter der Voraussetzung, daß die Zuschüsse des Reichs wirklich gezahlt werden! — nur wenig mehr, nämlich 12 bis 15 Millionen Mark. Ohne die Hilfe des Reiches würde die Stadt mit 50 bis 90 Millionen Mark belastet werden. Da der Magistrat die Möglichkeit des Ausbleibens des Reichshilfe für gering hält, will er das Risiko auf sich nehmen und das Stadttheater vorläufig ohne Einschränkung spielen lassen. Auch der Theaterausschuß sprach sich in dem Sinne aus. Wenn sich die Stadtverordneten-Versammlung am Montag zu seinem Vorschlag bekennt, wird Halle auch die große Oper erhalten bleiben.

Damit ist eine ernste Gefahr für Halles Kunstleben zurückgedrängt, aber keineswegs beseitigt. Ohne Prüfung der Frage, wie das Theater im nächsten Jahre abschneidet, scheint es uns kaum zweifelhaft zu sein, daß das Reich die Zuschüsse, die es heute wahrscheinlich noch geben wird, dann nicht mehr zu leisten vermag. Die traurige Voraussicht wird die Leitung des Stadttheaters möglicherweise lähmend beeinflussen, wenn sie an eine Verbesserung der ihr glücklich erhalten gebliebenen Oper gehen will. Der Umstand, daß die Oper, obwohl sie an unserem Stadttheater fast zu allen Zeiten bevorzugt wurde, mit ihren Leistungen die des Schauspiels nicht erreicht und auch kaum erreichen kann, wenn des Theaters Schwierigkeiten nicht vergrößert werden sollen, wäre uns auch ein wesentlicher Grund, bei der Notwendigkeit eines radikalen Eingriffs die Oper zu opfern und alle Sorgfalt zum für hallische Verhältnisse weitaus entwickelungsfähigeren Schauspiel zuwenden zu lassen.

Stadttheater. Heute, Freitag, 7½ Uhr wird „Der Wildschütz", komische Oper von Albert Lortzing, in neuer Einstudierung gegeben. Am Sonntagabend wird das nationalen Trauertages wegen statt des „Wildschütz" „Die Walküre" gespielt. Sonnabend und Montag 7½ Uhr „Der Wettlauf mit dem Schatten". Sonnabend, abends 11½ Uhr, „Die ersten Menschen" von Bornträger. — Weihnachtsmärchen-Vorstellungen „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging" am Dienstag, dem 15., und Sonnabend, dem 20. Januar, nachmittags 3½ Uhr. Der Vorverkauf für die Märchen-Vorstellungen beginnt ausnahmsweise schon morgen, Sonnabend, vormittag 10 Uhr an der Theaterkasse.

Erhöhung der Theaterpreise. Die fortschreitende Geldentwertung nötigt die Intendanz des Stadttheaters, ab Sonntag, den 14. Januar, die Eintrittspreise aufs neue zu erhöhen.

Im Thalia-Theater geht am Sonntagabend 7½ Uhr nicht „Der ungetreue Eckehart", sondern „Bahnmeister Tod" in Szene. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters.

Vorläufig kein Künstler-Fest der Solomitglieder des Stadttheaters. Die Solomitglieder des Stadttheaters beabsichtigten, wie in der vergangenen Spielzeit, auch in diesem Jahre ein Künstler-Fest zum Besten der Wohlfahrtskassen der Bühnen-Genossenschaft zu veranstalten. In der Erwägung, daß die augenblickliche politische Bedrohung Deutschlands und die wirtschaftliche Notlage, die ihm dadurch in erhöhtem Maße bevorsteht, nicht geeignet ist, große Feste, auch wenn sie wohltätigen Charakter tragen, zu feiern, nimmt der Lokalverband der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger von seiner Absicht bis auf weiteres Abstand.

Mozarts Grab. Wie Wiener Zeitungen berichten, wird im Laufe des Jahres der alte Sankt-Marx-Friedhof in Wien, in dem Mozarts irdische Reste liegen, aufgelassen werden. Zwei Tage nach dem Hinscheiden des Meisters, am 7. Dezember 1791, wurde Mozart nach Sankt Marx hinausgetragen und in ein Schachtgrab versenkt, da das hinterlassene „Vermögen" für ein Sondergrab nicht ausreichte.

Bücher und Schriften.

„Der Aufstieg der ältesten Kultur". Von Dr. O. Hauser. Mit 20 Abbildungen. Verlag Buchhandlung Freiheit, Berlin SW 61, Urbanstraße 7. — Aus der Serie von Hausers Jugendschriften über die Entwickelungsgeschichte des menschlichen Geschlechts liegt ein weiteres sehr lehrreiches und zugleich unterhaltsam geschriebenes Bändchen vor. Während das vergangene Heft zeigte, wie die Menschheit als solche geworden ist, schildert Hauser hier den langen Entwickelungsweg, den alles, was wir unter den Namen Kultur zusammenfassen, genommen hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230112-17/fragment/page=0002

Poincaré über die Ruhraktion.

In der französischen Kammer.

Abstimmung über die Politik Poincares auf Anfang Februar verschoben.

Paris, 12. Januar. (**Kammer**.) Zu Beginn der gestrigen Sitzung erklärte der neugewählte Präsident Raoul **Peret**, die Session, die jetzt eröffnet werde, bilde **eine entscheidende Etappe in der Durchführung des Friedenswerkes.** (!) Als Zeugen ernster Ereignisse, historischer Taten, deren Tragweite für die Zukunft unberechenbar sein könnten, müßten die Abgeordneten Herren ihrer Worte und Handlungen sein und sich zu kaltblütigem Urteil veranlaßt fühlen. Das französische Volk, so langmütig (!) es auch sei, könne nicht zulassen, daß der Sieg ihm Stück für Stück entrissen werde und daß der Friedensvertrag nur noch ein Stück Papier sei. Die französische Regierung habe das begriffen. — Ministerpräsident **Poincaré** ergriff dann das Wort. Er erinnerte zunächst daran, daß seine Regierung der deutschen ein **Moratorium ohne Pfänder und Garantien verweigert** habe, weil das französische Volk schon soviel Geduld gezeigt habe. Er habe alle Mittel erschöpfen wollen, um Deutschland zu einer Verständigung zu bringen. Das sei nötig gewesen, um die volle Handlungsfreiheit zu gewinnen, die man den bisherigen Verträgen verdanke. Man sei einen gewundenen Weg gegangen, damit französischerseits kein Unrecht (!) gegenüber den Alliierten, ja nicht einmal gegenüber Deutschland (!) begangen werde. Wenn die **englischen Freunde** eine praktische Lösung vorgeschlagen hätten, würde Frankreich sich ihr angeschlossen haben. Redner schilderte dann den Verlauf der Pariser Konferenz und erläuterte hierauf das französische Reparationsprogramm, das der Konferenz unterbreitet worden sei in der Hoffnung, daß es von England angenommen werde. Poincaré betonte, daß Frankreich finanziell nicht imstande sei, eine Herabsetzung seiner Forderungen oder eine Assimilierung der französischen mit den alliierten Schulden anzunehmen. Frankreich sei aber zu einer allgemeinen Regelung der interalliierten Schulden bereit gewesen, die schließlich auch nur zu einer wesentlichen Verminderung der deutschen Schulden geführt habe. Damit sei **Frankreich bis zur äußersten Grenze des Entgegenkommens gegangen.** (!) Der französische Plan hätte als eventuelle Sanktion für den Fall, daß die vorgesehenen Reformen nicht von Deutschland erfüllt worden wären, **die Besetzung von Essen und Bochum in Aussicht gestellt. Italien** und **Belgien** hätten in gleicher Weise die Notwendigkeit der **produktiven Pfänder** anerkannt. Nur England habe einen anderen Plan vorgelegt, der ohne Garantien Deutschland für eine lange Zeitdauer hätte Vertrauen schenken wollen. Poincaré setzte die Kritik in der gleichen Weise fort, wie auf der Pariser Konferenz. Zu dem Plan, einen **Bankierausschuß** einzusetzen, sagte er: Wie mächtig auch die internationalen Finanzleute seien, er finde keinen Geschmack daran, sie zu **Schiedsrichtern der Welt** werden zu lassen. Frankreich und England könnten loyal miteinander unterhandeln, ohne ihre Allianz in Gefahr zu bringen. Jede der Nationen habe das Recht, ihre lebenswichtigen Interessen sicherzustellen, ohne deshalb die Allianz aufzugeben. Poincaré ging dann zu den **Verfehlungen** über, die die Repko bei Deutschlands **Holz- und Kohlenlieferungen** habe feststellen müssen. **Redner behandelte dann die wirtschaftliche Lage Deutschlands, um festzustellen, daß es im Unrecht gewesen sei, die Sachlieferungen auf Reparationskonto zu verweigern. Da Deutschland Kohlen nicht geliefert habe** (!), sei es ganz natürlich daß Frankreich sie bei den Bergwerken suche. Auch auf anderen Gebieten habe Deutschland seinen Widerstand bekundet. Darüber müsse die ganze Welt unterrichtet werden. Es könne **zweimal mehr Stickstoff produzieren, als seine Landwirtschaft nötig habe.** Es könne achtmal mehr Explosivstoffe herstellen, als die Alliierten imstande gewesen seien, während der Kriegsperiode zu erzeugen. Die Schiffe, die Frankreich zu erhalten hätte, seien noch nicht vollkommen geliefert worden. Die französische Regierung habe hinsichtlich der Verwendung deutscher Arbeiter ein großes Programm aufgestellt. Erst nach längerem Stillschweigen habe die deutsche Regierung mitgeteilt, sie könne keinen Plan annehmen, bevor die Reparationskommission die deutschen Verpflichtungen festgelegt habe. Poincaré verlieſ dann die Bestimmungen des Versailler Vertrags, in denen Deutschland verpflichtet wird, gewisse Maßnahmen nicht als feindliche Handlungen anzusehen. **Frankreich habe unstreitig das Recht, zu handeln, wie es gehandelt habe.** (!) Poincaré verwies auf die **Teilnahme Belgiens und Italiens an der Aktion im Ruhrgebiet** und sagte, Frankreich wolle nicht aus dem Rahmen des Versailler Vertrags heraustreten; und wenn es heute ins Ruhrgebiet einmarschiert sei, so geschah es nicht um irgend etwas von dem deutschen Patrimonium zu nehmen, sondern nur um die gemeinsamen Interessen der Alliierten zu verteidigen. Die deutsche Regierung habe die Fortführung der Archive des Kohlensyndikats aus Essen begünstigt, weil sie jedenfalls Beweise der Verfehlungen des Deutschen Reichs enthalten hätten. Poincaré ironisierte die Drohungen Deutschlands, den Vertrag für null und nichtig anzusehen, den es doch jeden Tag verletze und unter Beschimpfungen ablehne. Deutschland werde es nunmehr zuerst mit der Repko zu tun haben. **Nichts sei weniger richtig, als zu behaupten, Amerika habe durch die Zurückziehung seiner Truppen gegen das französische Vorgehen protestieren wollen.** Zweifellos zwinge das Beiseitestehen Englands zu Vorsichtsmaßnahmen. Die deutsche Regierung sei benachrichtigt worden, daß es sich um **keine militärischen Operationen** (!!!) handle. Von Soldaten sei nur in beschränktem Maße Gebrauch gemacht worden, um die Tätigkeit der Ingenieure bei den deutschen Industriellen und den Transportdienst zu unterstützen. Er habe die Kammer bereits darauf hingewiesen, daß man sehr beträchtliche Zahlungen nicht erwarten könne, aber geringe Zahlungen seien doch noch mehr wert als gar nichts. Deutschland werde keinerlei Anstrengungen machen, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, wenn Frankreich nicht den unerläßlichen Zwang ausübe. **Es handle sich nicht darum, Deutschland zu ruinieren, nicht einmal verarmen solle es;** (!) es handle sich darum, von Deutschland das zu erhalten, was es vernünftigerweise zahlen könne; zuerst einmal das **Holz** und die **Kohlen**, alsdann wolle man die Reformen verlangen, die Deutschlands Finanzen retten und seine Mark stabilisieren. Frankreich sei immer bereit, mit Deutschland wie mit seinen Alliierten zu verhandeln. (!!!)

Der sozialistische Abgeordnete **Léon Blum** brachte den **Protest seiner Fraktion gegen die getroffenen Maßnahmen zum Ausdruck und verlangte sofortige Besprechung der Interpellation.** Während seiner Rede wurde Blum von der Rechten mit **antisemitischen Schimpfworten** bedacht. Die Sitzung mußte wegen der Lärmszenen unterbrochen werden. Nachdem Poincaré Vertagung der Interpellationen verlangt hatte, führten Zusammenstöße zwischen Kommunisten und dem Abgeordneten Ehrlich abermals zu einer Unterbrechung der Sitzung. Schließlich erfolgte folgende Abstimmung. Die Kammer hat mit 478 gegen 86 Stimmen die vorliegenden Interpellationen über die **Ruhrbesetzung** und die auswärtige Politik der Regierung auf den **ersten Freitag im Februar** vertagt.

*

Mit dieser Abstimmung beweist die Kammer, daß sie sich über die Wirkung der französischen Militäraktion keineswegs im klaren ist und die nächsten Wochen hindurch erst die positiven bzw. negativen Resultate abzuwarten gedenkt. Ueber die moralisch verbrämte Heuchelei Poincarés ein Wort zu verlieren, erübrigt sich.

Der litauische Einfall ins Memelland.

Im Einverständnis mit den Franzosen? — Vor weiteren Ueberfällen im Osten?

Memel, 12. Januar. Das „**Memeler Dampfboot**“ meldet: Oberkommissar **Petisne** hat von der Botschafterkonferenz **Anweisung erhalten, die Unverletzlichkeit des Memelgebietes zu schützen.** In **Laugszargen haben die Litauer die** Beamten aufgefordert, für sie Dienst zu tun. Wer sich geweigert habe, sei festgenommen worden.

Der Gewalttat im Westen schließt sich würdig ein Gewaltstreich im Osten an. An demselben Tage, an dem die französischen Truppen in das Ruhrgebiet einfielen, haben die Litauer das wehrlose Memelgebiet überfallen. Sie rücken in drei Richtungen auf Memel selbst vor. Heydekrug ist bereits in ihrer Hand. Vor der deutschen Stadt Tilsit sind sie in unmittelbare Berührung mit deutschem Boden geraten. Die französischen Schutztruppen — das Memelgebiet steht heute ja unter einem französischen Protektorat — haben sich angeblich vor der Stadt Memel eingeschanzt. Widerstand haben sie bisher nicht geleistet. Dagegen stehen **Schiffe für sie bereit**. Das alles läßt darauf schließen, daß es sich um eine **abgekartete Sache** handelt. So sehr wir die litauische Gewalttat bedauern und verurteilen, helfen können wir dem deutschen Memelgebiet nicht. Es gehört nicht mehr zu Deutschland. Eine neue Frage erhebt drohend ihr Haupt: **Ist die litauische Aktion der Auftakt für weitere Vorfälle im Osten? Soll zu einer gegebenen Stunde sich dem Raubzug im Osten ein Angriff auf Ostpreußen angliedern?** Die Propaganda der Chauvinisten in **Polen** und **Litauen** arbeitet seit langer Zeit in dieser Richtung, und Poincaré ist in seinen Mitteln, wenn es darauf ankommt, **nicht wählerisch**.

Sicherstellung der Fettversorgung.

Berlin, 12. Januar. Der Ausschuß des Reichswirtschaftsrats für Landwirtschaft und Ernährung beschloß die Reichsregierung zu ersuchen, durch geeignete Maßnahmen die **Fettversorgung Deutschlands** aus eigener Produktion **sicherzustellen** und die Regierung aufzufordern, Schritte zu tun, um die von der Landwirtschaft gelieferten Produkte, soweit sie in **Zwangsbewirtschaftung** sind, schnell zu bezahlen (hoffentlich vergessen die Agrarier auch das schnelle Steuerzahlen nicht, wie bisher geschehen. D. Red.) und die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

Konstantin von Griechenland †.

Palermo, 12. Januar. König **Konstantin** von Griechenland ist an einem **Gehirnschlag gestorben**.

Französische Kommunisten-Verhaftungen. Aus Paris wird gemeldet: Im Laufe des gestrigen Tages sind weitere **vier Kommunistenführer** wegen ihrer Tätigkeit in Frankreich und im besetzten und unbesetzten Deutschland verhaftet worden, drei sogar aus dem Schnellzug Köln-Paris heraus.

Der Aeltestenrat des Reichstags tritt am Freitagnachmittag zusammen, um die Dispositionen für die Sonnabendsitzung des Reichstags und die Arbeiten der folgenden Tage zu treffen. Es steht noch nicht fest, ob der Reichstag am Montag seine Arbeiten fortsetzt.

Wirtschaftspolitik.

Devisenkurse.

	Heute Mark (Geld)	11. 1. 23. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	4120	4150
1 dänische Krone	2100	2130
1 italienische Lira	510	535
1 Pfund Sterling	49000	49000
1 Dollar	10475	10550
1 französischer Frank	700	730
1 Schweizer Frank	1950	2010
1 tschechische Krone	300	315

Tendenz: Still.

Januarpreise. Mit Wirkung vom 5. Januar 1923 ist der Höchstpreis für ein Kilogrammprozent wasserlösliche Phosphorsäure in Superphosphat auf 795 Mk., der Stickstoffpreis auf 1583,65 Mk. und der Zuschlag für Kali auf 224,60 Mk. heraufgesetzt worden.

Das Goldzollaufgeld. Für die Zeit vom 17. bis einschließlich 23. Januar 1923 beträgt das Goldzollaufgeld 184 900 Prozent.

Erhöhte Nähgarnpreise. Die Vertriebsgesellschaft Deutscher **Baumwoll-Nähfadenfabriken** G. m. b. H. (München), die ab 4. Januar, wie bekannt, den Aufschlag auf die Liste vom 21. August 1922 um 30 Punkte auf 600 Prozent erhöht hat, setzte ihn ab 8. Januar weiter auf 680 Prozent hinauf. Dies bedeutet eine Preiserhöhung ab 4. Januar um 4 Prozent und ab 8. Januar um weiter 11 Prozent.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Funktionäre des DEV. zur Lage.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat in Gemeinschaft mit dem Beirat in einer Konferenz am 10. und 11. Januar im Berliner Gewerkschaftshaus zu dem Ergebnis der Verhandlungen vom 8. und 10. Januar Stellung genommen und nach eingehender Beratung folgende Entschließung gefaßt:

„Das Verhandlungsergebnis ist keineswegs als ein Ausgleich für die eingetretene Geldentwertung und Verteuerung der Lebenshaltung zu bezeichnen. Die gewährte Teuerungszulage ist **unzureichend** sowohl für die Lohnempfänger, wie auch für die unteren und mittleren Gruppen der Gehaltsempfänger. Die Konferenz verurteilt es, daß den Forderungen der Mitglieder und den Vorschlägen der Organisation gegenüber die gesamte Beamtenzulage wieder auf den prozentualen Teuerungszuschlag umgelegt wurde, und sie beauftragt den Vorstand, sich für eine soziale Gestaltung der Besoldungsordnung entschieden einzusetzen und zur Erreichung dieses Zieles auf Reichstag und Regierung einzuwirken. Die Konferenz fordert von der Regierung bei den künftigen Verhandlungen mehr Verständnis und Entgegenkommen für die Notlage des Personals und eine finanzielle Gleichstellung vergleichbarer Gruppen der Lohn- und Gehaltsempfänger. In Rücksichtnahme auf die jetzige wirtschaftliche und außenpolitische Lage des Reichs, die durch die Besetzung des Ruhrgebiets eine weitere Verschärfung erfahren hat, beschließt die Konferenz, von aggresiven Maßnahmen abzusehen und das Verhandlungsergebnis als eine **vorläufige** Regelung hinzunehmen. Sie erwartet jedoch, daß für den Monat Januar eine beschleunigte Revision und Ausdehnung der Sonderortszulagen (in Gebieten und Orten mit hohen Industrielöhnen) vorgenommen wird. Die Konferenz konstatiert, daß der Reichslohn-Tarifvertrag von den Eisenbahnverwaltungen wiederholt willkürlich durchbrochen wurde und sie fordert mit Entschiedenheit vom Reichsverkehrsministerium die strikte Einhaltung bestehender Verträge und Vereinbarungen.“

*

Protest gegen die französischen Machtgelüste.

Beirat und Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes haben in einer Entschließung Protest eingelegt gegen den rechtswidrigen Einmarsch französischer und belgischer Truppen in deutsches Gebiet. In der Entschließung wird u. a. gesagt: „Der Beirat des Deutschen Eisenbahnerverbandes fordert die durch die Maßnahme der französischen Imperialisten besonders getroffenen Verbandsmitglieder auf, der Machtpolitik gegenüber ihre Ruhe zu bewahren. Als Wehrlose fügen wir uns der Gewalt, erwartend, daß der Protest, den alle Deutschen an das Gewissen der Welt richten, den Unterdrückungen ein Ziel setzt. Die Vertreter aus dem bisher und neubesetzten Gebiet erklären, daß keine Maßnahme fremder Machthaber sie in ihrer Treue zum Deutschtum und zur deutschen Republik wankend machen kann.“

Wie die Streikgelder vergeudet wurden.

150 000 Mark unterschlagen und verjubelt.

Nachträglich erfährt die Arbeiterschaft, wie die Kommunisten mit den für den wilden Streik in **Ludwigshafen** gesammelten Geldern umgesprungen sind. Sie sind verpraßt und verludert worden. Statt die Gelder bei der Post aufzugeben, wurden sie durch **besondere Kuriere** nach Berlin oder direkt nach Ludwigshafen befördert. Wieviele solcher „Kuriere“ auf Arbeiterkosten unterwegs waren, steht nicht fest. Allein zwei Kuriere entsandte ein größeres Erfurter Werk nach Ludwigshafen. Das hatte wenigstens den Vorteil, daß einer davon, ein **Kommunist**, an Ort und Stelle feststellen konnte, daß die Arbeiterschaft **belogen** worden war durch die falsche Angabe, der wilde Streik in Ludwigshafen gelte der „Abwehr des Zehnstundentags“. Die Thüringer Transportarbeiter sandten einen besonderen Kurier, aus Suhl wurde ein Kurier gesandt usw. Da die Erfurter „Tribüne“ auf diese Verschwendung von Arbeitergeldern hinwies, wurde erwidert, die Bezahlung der Kuriere erfolge durch die Kasse des Landesausschusses der Kommunistischen Partei. Demgegenüber stellte die „Tribüne“ fest, daß dies unwahr ist, gleich der Angabe, die Arbeiter, die die Gelder aufbrachten, hätten der Entsendung von Kurieren zugestimmt.

Ueber die **Unterschlagung** des in **Wiesbaden** verhafteten Mitglieds der Streikleitung hat die Zentralstreikleitung jetzt nähere Angaben gemacht. Es handle sich um den Streikleiter namens **Bauer**. Als der Vorsitzende der Streikleitung in Arbeit ging, hat er Bauer gegen Quittung die Summe von **235 000 Mk.** zur weiteren Unterstützungsauszahlung übermittelt, die dieser bis auf 85 000 Mk., die ihm die Wiesbadener Kriminalpolizei noch abnehmen konnte, **verpraßt** hat, mithin **rund 150 000 Mk.** Soviel ist bisher über diesen Fall bekannt.

Während auf diese Weise ein großer Teil der gesammelten Gelder verschleudert und verpraßt wurde, hungerten in Ludwigshafen ungezählte Opfer des kommunistischen Frevels. Belogen und betrogen von der Moskauer Agentur in Deutschland, glaubten die Streikenden der Rheinpfalz, ihrer eigenen Sache ein großes Opfer bringen zu müssen. Sie büßen nun ihre Leichtgläubigkeit durch **verschlechterte Arbeitsbedingungen und vergrößertes Elend.** Mit vieler Mühe und gegen den Willen der Kommunisten haben die Gewerkschaften Schlimmeres, den vollen Sieg der Anilinkönige, verhindert.

Kommunistischer Gewerkschaftssieg in Bitterfeld.

Unter dieser hochtönenden Ueberschrift berichtet das hallische Organ der Kommunisten, daß in der Jahresgeneralversammlung der Ortsverwaltung **Bitterfeld** des Deutschen Metallarbeiterverbandes „nach einer wüsten Pogromhetze“ von seiten des bisherigen Bevollmächtigten (VSPD.) und des Spitzenkandidaten der VSPD.-Liste die Liste **Sachse** (KPD.) gewählt wurde, so daß die Ortsverwaltung vollkommen von den Moskauer Gewerkschaftsunteroffizieren besetzt ist. Wie gewaltig dieser kommunistische Sieg ist, geht daraus hervor, daß von 285 abgegebenen Stimmen 147 auf die Liste Sachse, 134 auf die Liste **Lebbin** entfielen, so daß eine Zufallsmehrheit von ganzen 13 Stimmen entstand. Die „Pogromhetze“ spukt nur in dem Kopf des Verfassers der Notiz, der damit den „Sieg“ etwas glorifizieren möchte. Welche Geister auf der kommunistischen Liste stehen, lehren nur zwei Namen: **Thiele**, der sich an der kürzlich nach Bitterfeld einberufenen Elektrikerkonferenz beteiligte, um dort die Gewerkschaften zu unterminieren, und der Spitzenmann **Sachse** selbst, der erst seit dem 30. Mai 1922 Mitglied des DMV., also nur 2½ Jahre gewerkschaftlich organisiert ist. Wir können es wohl verstehen, daß die Kommunistische Partei für ihre Sekretäre, die wegen der fortschreitenden Parteizersetzung keine Beschäftigung haben und die wegen des Nachlassens des Rubelsegens nicht mehr bezahlt werden können, ein Unterkommen sucht. Nur glauben wir, daß der Hauptvorstand des DMV. für solche Praktiken kein Verständnis haben und da ein Wort mitreden dürfte. Die Gewerkschaften können unmöglich zur Unterhaltung des kommunistischen Personalapparates benutzt werden.

Aus aller Welt.

Grubenbrand.

Das Leben von 45 Bergarbeitern gefährdet.

Hindenburg, 12. Januar. Gestern abend 10 Uhr ist auf der Abwehrgrube der Donnersmarck-Hütte A.-G. in Hindenburg ein Grubenbrand unter Tage durch Explosion einer Benzol-Lokomotive ausgebrochen, wodurch eine große Strecke der Grube in Brand geriet. Da der Brand noch nicht gelöscht ist, ist das Leben von 45 Bergarbeitern schwer gefährdet.

Beuthen, 12. Januar. Der nach Mikultschütz entsandte Sonderberichterstatter des WTB. meldet zu dem Unglück auf der Abwehrgrube der Donnersmarckschen Eisen- und Kohlen-A.-G. noch folgendes: Das Unglück ereignete sich gestern abend gegen 8 Uhr auf der 280-Meter-Sohle in der Förderstrecke des Hugoflözes durch **Entzündung eines Benzolbehälters** einer Grubenlokomotive. Hierbei geriet die Zimmerung in der Grubenstrecke in Brand, die entstehenden Rauchschwaden und Brandgase zogen mit den frischen Wettern nach dem Arbeitsort und überraschten die dort tätigen Bergleute. Von der 48 Mann starken Belegschaft konnten sich nur zwei durch eilige Flucht retten, während die übrigen 46 Mann den giftigen Gasen zum Opfer fielen. Die Lösch- bzw. Aufräumungsarbeiten sind von einer Rettungskolonne sofort in Angriff genommen. Man versucht durch starke Bewässerung des Brandes Herr zu werden, ohne größere Abdämmungsarbeiten vornehmen zu müssen, die eine Bergung der Verunglückten für Wochen unmöglich machen würde. Durch die Vernichtung der Zimmerung ist das Flöz teilweise zusammengebrochen. Die Rettungsarbeiten werden dadurch sehr erschwert. Trotzdem hofft man im Laufe des heutigen Nachmittags an die Verunglückten herankommen zu können und sie zu bergen. **Es ist aber kaum noch damit zu rechnen, auch nur einen von ihnen lebend zutage zu bringen.** Die Bergbehörden befinden sich an der Unglücksstätte.

Drahtseil-Attentate auf Automobile. Zwei verbrecherische **Attentate auf Automobile** wurden dieser Tage in dem Danziger Vorort **Ohra** verübt. Ueber die Chaussee in Gesichtshöhe war ein **Drahtseil gespannt** und an Telegraphenstangen befestigt worden. Ein passierender Kraftwagen fuhr **gegen das Seil**, wobei der Führer und der Insasse **erheblich verletzt** wurden. Ebenso fuhr ein anderer Wagen gegen ein Seil, das eine Strecke weiter gleichfalls über den Weg gespannt war. Auch hierbei wurden die Insassen, wenn auch nicht schwer, verletzt. Einige Zeit später wurde ein **neues gespanntes Seil** vorgefunden. Die Täter, auf deren Entdeckung eine hohe Belohnung ausgesetzt ist, konnten bisher noch nicht ermittelt werden.

Hinrichtung einer Frau in England. Aus London wird gemeldet: Frau Thomson und ein Mitschuldiger, die wegen Mordes zum Tode verurteilt worden waren, sind **hingerichtet** worden. Dies ist seit 15 Jahren der erste Fall, daß in England an einer Frau die Todesstrafe vollstreckt wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230112-17/fragment/page=0003

Ata

Putz mit Ata Topf und Herd, Weil's den schönsten Glanz bescheert!

Henkel's Putz- und Scheuerpulver; für Haushalt, Gewerbe und Industrie **unentbehrlich.**

Alleinige Hersteller: HENKEL & Cie., DÜSSELDORF. 2884

V S P D

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat: Halle (Saale), Harz 42/44. Zimmer 25 Fernruf 1020

Parteigenossen! Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

Stadtverordnete der VSPD. Freitag, den 12. Januar, pünktlich abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, H. 1: Sitzung. Das Erscheinen aller ist dringend erforderlich.

Ortsverein Halle a. S. Die in dieser Woche fälligen Ortsbezirksversammlungen finden besonderer Umstände halber erst in der nächsten Woche statt.

Sonnabend, den 13. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Verlagsbureau: Zusammenkunft sämtlicher Mitglieder der Preßkommission.

Arbeitsgemeinschaft. Von Sonnabend, dem 13. Januar an, finden die Vorträge des Gen. Ad. Thiele wieder in der Luisenschule statt. Am Sonnabend beginnt die zweite Hälfte der Vortragsreihe. Sie beschäftigt sich mit der Volkswirtschaft und dem System von Karl Marx. Beginn abds. 7 Uhr.

Merseburg. Umständehalb. find. unsere Mitglieder-Versammlung nicht Freitag, den 12. Januar, sondern Donnerstag, den 18. Januar statt. Nähere Inserate folgen.

Löbejün. Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 1/2 4 Uhr im Gasthof „Zur guten Quelle": Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Kommunale Angelegenheiten. Zu dieser Versammlung sind die Frauen unbedingt mitzubringen. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Könnern. Sonnabend, den 13. Januar abends 8 Uhr, im Schützenhaus: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Karl Garbe über „Das Gebot der Stunde". Genossinnen und Genossen erscheint vollzählig. Die Genossen von Rothenburg, Trebitz und Domnitz werden an dieser Stelle nochmals mit eingeladen.

Gröbers, Osmünde, Schwoitsch. Sonntag den 14. Januar, nachm. 4 Uhr, im Bahnhofs-Restaurant zu Gröbers Oeffentliche Volksversammlung. Genosse Petersdorff-Halle spricht über: „Die politische Lage." Alle Einwohner obiger Orte sind freundlichst eingeladen.

Gastwirtschaft Zoologischer Garten. Heute, Freitag: **Tanzabend.** Flotte Musik! 2285 Flotte Musik! Saal umständehalber am 21. Jan. freigeworden.

Ring-, Sport- u. Art.-Klub „Siegfried" Sonntag, den 14. Jan., vorm. 11 Uhr, im „Volkspark" (Gr. Saal): 2286 **Großes Sport-Matinee.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Merseburg

Am Sonntag, den 14. Januar 1923, nachmittags 1 Uhr, findet in der Turnhalle Wilhelmstraße, die diesjährige

General-Versammlung

der Verwaltungsstelle Merseburg statt.

Tagesordnung:

1. Bericht der Geschäftsleitung.
2. Kassenbericht vom 4. Quartal 1922 und vom Jahre 1922.
3. Neuwahl der Gesamtverwaltung.
4. Wahl von Delegierten zur Bezirkskonferenz in Dessau.

Anträge auf Aenderung des Ortsstatuts müssen bis Sonntag vorm. in den Händen der Verwaltung sein. Es wird zahlreiches Erscheinen erwartet. **Die Verwaltung.**

Vereinsanzeiger

Halle.

Stellmacher und Fahrzeugtischler. Sonnabend, den 13. Januar, abends 8 Uhr: Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus.

Naturfreunde. Freitag abend 7 bis 10 Uhr, im Heim Weidenplan 20: Zahlabend und Bücherausgabe. — Wanderungen: Arbeitsfahrt nach dem Eisenhammer. Ab Sonnabend nachm. 3½ Uhr. Anmeldung bis Freitag abend im Heim. Halbtagswanderung nach dem Akazienhain. Ab 1 Uhr v. Rannischen Platz. — Jugendgruppe nach dem Petersberg. Ab 1/2 8 Uhr vom Marktplatz 8 Uhr vom Weinerplatz. — Heute, Freitag, abends 1/2 8 Uhr, im Heim, Weidenplan: Sitzung des Ferienheim-Ausschusses.

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgr. Halle a. S. Sonnabend, den 13. Januar: Abendwanderung. Treffpunkt abends 1/2 8 Uhr: Hallmarkt.

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend 2286 **Niemeyerstr. 11** Eingang Landwehrstr. **Siegel & Co.**

Platin- Gold- Silber- Bruch **Uhren Schmucksachen Brillanten** kauft 2284 Uhren-Reparatur-Werkstatt **H. Lerner** Gr. Steinstr. 85

2268 *Gummi-Bieder Mäntel-Schläuche nur Gr. Steinstr. 35*

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe kauft laufend 2074 **Metall-Kontor** A. Abramowitz, Schmeerstr. 14, I. (Kein Laden).

Kaufe **Gold** Bruch Silber Platin **Doublé** Waren! Uhren! Alte Münzen! nach Dollarkurs. 2283 **E. Lossler** Uhren- u. Goldwaren-Reparatur-Werkstatt, Glauchaer Strasse 75 II. r.

Streng reell! Luxussteuerfrei! **Gold-, Silber-, Platin-Bruch** Brillanten, Zahngebisse, Brennstifte sowie sämtliche Gegenstände in Edelmetall kauft **Hugo Lahl,** Gr. Ulrichstrasse 51 Eingang C.-T.-Lichtspiele. Hof rechts. 2224

Lassen Sie sich nicht täuschen! Verkaufen Sie Ihr 2207 **Gold-, Silber-, Platin-** Bruch, Gegenstände nur an einen gelernten Fachmann (Uhrmacher, Goldarbeiter). Nur dort erhalten Sie den reellen Wert und verkaufen luxussteuerfrei! **Otto Ursin,** Uhrmacher, Sternstr. 6 I. Aelteste Hallesche Edelmetall-Handlung.

Edelmetalle in Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Brennstifte, Gebisse kauft laufend **Sparmann, Uhrmacher,** Große Steinstraße 47. 2287

Theater- u. Masken-Kostüme Zeugner & Riedel Inh. Gebhardt, vorm. Gottschalk **Halle a. d. Saale** 2280 Leipziger Straße 61/62, Nähe Riebeckplatz

Stadt-Theater. Sonnabend, abds. 7½ Uhr: **Der Wettlauf mit dem Schatten.** Sonnabend, abds. 11¼ Uhr: **Die ersten Menschen** Sonntag: Die Walküre.

Merseburg „Zur Klause", Weiße Mauer 38. Heute, Freitag, Sonnabend u. Sonntag **Bockbierfest.** Dezente Unterhaltungsmusik. Es ladet freundl. ein **Herm. Fohse.**

Wo? kaufen Sie gut und preiswert **Uhren, Gold- u. Silberw. Fugenlose Trauringe** Bei 2282 **Gottfr. Schrauf** Uhrmacher 4 Schmeerstraße 4 Kauf. Gold u. Silber

Fahrradgummi Fahrräder Kinderwagenreifen Preislisten gratis! **Franz Tauscher,** Hildesheim. 134

Ausschneiden! Briefl. Ausbildungskurse für **Maurer u. Zimm.** zum Polier, Zeichn., Betonmeister. Lehrpläne kostenfrei. **Conrad Drescher,** Bauf., Goldschmieden, Post Deutschlissa.

Neubewertung der Natural- und Sachbezüge für den Bezirk des Versicherungsamtes in Querfurt mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar 1923.

Gruppe	I. Wert der freien Station einschl. Beköstigung, freie Wohnung nebst Heizung und Beleuchtung				II. Bei teilweiser Gewährung der unter I bezeichneten Bezüge ist zu rechnen: a) für Beköstigung				b) für Wohnung				c) Heizung u. Beleucht.			
	Tag	Woche	Monat	Jahr	Tag	Woche	Monat	Jahr	Tag	Woche	Monat	Jahr	Tag	Woche	Monat	Jahr
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
1. Angestellte in leitender und gehobener Stellung, z. B. Inspektoren, Geschäftsführ., Betriebsbeamte, Werkmstr., Bureauangestellte, die nicht nur mit niederen oder mechanisch. Dienstleistungen beschäftigt werden, Assistenten in Apotheken und Apotheker-Praktikanten, Lehrer und Erzieher, Bühnen- und Orchestermitglieder, Hausdamen u. Gesellschafterinnen, Stützen u. Haushälterinnen, letztere drei mit Aufsichtsbefugnissen über Untergebene	500	3500	15000	180000	460	3220	13800	165600	10	70	300	3600	30	210	900	10800
2. Männl. Dienstboten, männliche und weibliche Gewerbegehilfen, Gesellen u. Arbeiter	400	2800	12000	144000	380	2660	11400	136800	4	28	120	1440	16	112	480	5760
3. Weibliche Dienstboten und Hausangestellte, Krankenschwestern, männliche und weibliche Lehrlinge aller Art, soweit sie nicht unter 1 und 2 fallen, Waschfrauen, Aufwärterinnen u. Näherinnen	300	2100	9000	108000	290	2030	8700	104400	2	14	60	720	8	56	240	2880

Anmerkung. Bei teilweiser Beköstigung ist zu rechnen bei Gruppe 3: Für den Tag: Für Frühkaffee 30 Mk., für Frühstück 30 Mk., für Mittag 120 Mk., für Vesperbrot 30 Mk. und für Abendbrot 80 Mk. Der Wert der sonstigen Sachbezüge wird von Fall zu Fall festgesetzt.

III. Wert der Deputate der Landarbeiter.

a) Wohnung 500 Mk., b) Deputatland je Morgen 2000 Mk., c) Getreide je Zentner 10 000 Mk., d) Hülsenfrüchte je Zentner 20 000 Mk., e) Kartoffeln je Zentner 450 Mk., f) 1 Pferdegespannstunde 500 Mk., g) 1 Ochsengespannstunde 400 Mk., h) Vollmilch je Liter 100 Mk., i) Magermilch je Liter 50 Mk., k) Schweine je Zentner Lebendgewicht 40 000 Mk.

Bezüglich der Bewertung des Kohlendeputates und der den Bergarbeitern und Bergangestellten gewährten freien Werkswohnungen bzw. zur Verfügung gestellten freien Wohnung setze ich fest, daß das Kohlendeputat auch fernerhin mit dem Großhandelspreis abzüglich 25 % und eine freie Wohnung wie bisher mit dem ortsüblichen Mietwert in Ansatz zu bringen ist. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die vorstehend festgesetzten Sätze bei Berechnung der Beiträge zur Invalidenversicherung anzuwenden sind.

Querfurt, den 10. Januar 1923.

Der Vorsitzende des Versicherungsamtes.

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 15. Januar 1923, nachmittags 6 Uhr.

Oeffentliche Sitzung.

1. Aufrechterhaltung des Stadttheaterbetriebes.
2. Nachbewilligung für Bohrungen.
3. Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.
4. Bewilligung einer Beihilfe.

Halle, den 12. Januar 1923.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.

Saalkreis

Brot- und Mehlpreise.

Auf Grund des § 35 des Gesetzes über Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 (RGBl. S. 537) wird zu der Anordnung über Regelung des Brot- und Mehlverbrauchs gegen Brotmarken vom 8. August 1922 folgender

Nachtrag

erlassen:

Artikel 1. § 4 Absatz 2 erhält folgende Fassung:

Der Höchstpreis beträgt

für ein Roggenbrot zu 1800 Gramm	480 Mk.
für ein Weißbrot zu 85 Gramm	26 Mk.
für 855 Gramm Roggenmehl	117 Mk.
für 885 Gramm Weizenmehl	185 Mk.

Für Zwiebäcke werden Höchstpreise nicht festgesetzt.

Artikel 2. Dieser Nachtrag tritt mit dem 15. Januar 1923 in Kraft. Mit dem gleichen Tage wird der Nachtrag vom 18. Dezember 1922 aufgehoben.

Halle, den 10. Januar 1923.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.

Querfurt

Die Ortsbehörden des Kreises ersuche ich um schleunige Einreichung der Vergnügungssteuer-Abrechnung für das 3. Vierteljahr 1922. Fehlanzeige ist erforderlich. 2262

Querfurt, den 10. Januar 1923.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

Erhöhung der Großhandelsmehlpreise vom 15. Jan. 1923 an.

Der Kommunalverband muß der Reichsgetreidestelle für das von ihr zur Brotversorgung zugewiesene Getreide vom 15. Januar an einen erheblich höheren Preis zahlen, und zwar für die Tonne Roggen 197 000 Mk. (bisher 90 000 Mk.), und für die Tonne Weizen 212 000 Mk. (bisher 96 000 Mk.).

Demzufolge wird gemäß § 35 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922 (Reichsgesetzbl. 1922, Teil I, Seite 549) der Preis für das vom Kreis-Kommunalverband Querfurt abgegebene Mehl wie folgt festgesetzt:

1 Doppelzentner Roggenmehl zu 85 Prozent ausgemahlen netto ab Mühle 25 060 Mk.;

1 Doppelzentner Weizenmehl zu 85 Prozent ausgemahlen netto ab Mühle 26 830 Mk.;

1 Doppelzentner Gerstenmehl zu 75 Prozent ausgemahlen netto ab Mühle 28 750 Mk.

Zu diesen Preisen tritt hinzu die Verteilungs- und Anfuhrgebühr, die zurzeit 1000 Mk. für den Doppelzentner beträgt.

Das Mehl wird in Leihsäcken der Mühle geliefert.

Die leeren Säcke sind in voller Zahl, unvertauscht und in gutem Zustande binnen zwei Wochen an die Mühle, welche das Mehl geliefert hat, zurückzugeben.

Eine Benutzung der Mehlsäcke zu anderen Zwecken, eine Abgabe solcher an andere Stellen bzw. ein Verkauf der im Eigentum der das Mehl liefernden Mühlen verbleibenden Mehlsäcke ist verboten.

Die Mühlenvereinigung im Kreise Querfurt e. G. m. b. H. zu Querfurt ist berechtigt, sich auf Kosten der Mehlempfänger für fehlende Säcke gleichwertige Ersatzstücke zu beschaffen.

Werden von Mehlempfängern Säcke öfter oder in größerer Anzahl nicht zurückgegeben oder wird dem Verlangen der Mühlenvereinigung auf Ersatzleistung für fehlende Säcke nicht entsprochen, so kann, abgesehen von der Verfolgung des Ersatzanspruches im ordentlichen Rechtswege, die Mehllieferung eingestellt und bei der zuständigen Behörde die Schließung des Betriebes wegen Unzuverlässigkeit, beantragt werden.

Die Backausbeute aus 100 Pfund Mehl wird auf 136 Pfund Brot festgesetzt.

Für rationiertes Roggenbrot werden 1900 Gramm und 2850 Gramm als Einheitsgewichte vorgeschrieben; diese Gewichte müssen die Brote 24 Stunden nach Fertigstellung aufweisen.

Diese Anordnung tritt mit dem 15. Januar 1923 in Kraft, gleichzeitig tritt die Anordnung vom 14. Dezember 1922 außer Wirksamkeit. 2264

Querfurt, den 10. Januar 1923.

Der Kreisausschuß.

Erhöhung der Kleinhandelsmehl- und Brotpreise vom 15. Januar 1923 an.

Gemäß § 35, 2. Absatz a, des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 vom 4. Juli 1922 (Reichsgesetzbl. 1922, Teil I, Seite 549) werden für Markenmehl und Markenbrot folgende Kleinhandelspreise festgesetzt:

1 Pfund Roggenmehl 85proz. ausgemahlen	150 Mk.
1 Pfund Weizenmehl 85proz. ausgemahlen	160 „
1 Pfund Gerstenmehl 75proz. ausgemahlen	140 „
1900 Gramm Brot	450 „
2850 Gramm Brot	675 „

Die Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes betr. Höchstpreise und gelten vom 15. Januar 1923 an. Die Preisfestsetzung vom 14. Dezember 1922 wird hierdurch aufgehoben. 2265

Zuwiderhandlungen werden nach § 49 a. a. O. bestraft.

Querfurt, den 10. Januar 1923.

Der Kreisausschuß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230112-17/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 12. Januar 1923.

Die Verstaatlichung der Polizei.

In der letzten Sitzung der Stadtverordneten nahm Herr Oberbürgermeister Dr. Rive zwei Interpellationen über die Polizeizustände in Halle zum Anlaß, längere Ausführungen über die seit langem schwebende, auf große Schwierigkeiten stoßende Verstaatlichung der hallischen Polizei zu machen. Das kommunistische Blatt machte bei der Berichterstattung über die zusammenhängenden Darlegungen unseres Magistratsdirigenten die Bemerkung, daß diese Ausführungen für die Arbeiterschaft wenig Interesse hätten; ihr könne es gleich sein, ob der „Schutz der Wucherer, Spieler und Richtsteuer" durch städtische oder staatliche Polizei ausgeübt würde. Diese Stellungnahme offenbart eine völlige Verkennung der Sachlage. Es ist nicht dasselbe, ob die Stadtverordneten das Recht haben, alle Jahre einmal bei Gelegenheit der Etatsberatung an der Tätigkeit der städtischen Polizei unfruchtbare, d. h. nutzlose Kritik zu üben, und doch die ins Ungemessene gesteigerten Polizeikosten bewilligen zu müssen, während die bedeutend größere Stadt Magdeburg a. B. mit der halben Summe auskommt, weil die dortige Polizei seit langem verstaatlicht ist. Also schon aus finanziellen Gründen, ganz abgesehen von vielen anderen, kann die Frage nicht so nebensächlich behandelt werden, wie dies seitens der Kommunisten geschieht. Da über den Verlauf der Verhandlungen über die inspirischen der städtischen Verwaltung entrickten Polizei offizielle Mitteilungen nicht vorlagen, kann nur dankbar anerkannt werden, daß die Bürgerschaft darüber aufgeklärt worden ist, wie die hallischen Polizeiverhältnisse im Augenblick liegen. Ueber die Form, in der dies geschah, ließe sich ja manches sagen, doch wollen wir unser Urteil im Interesse einer recht baldigen, die beiderseitigen Interessen gleich berücksichtigenden Erledigung der Angelegenheit zurückstellen.

Herr Rive leitete seine etwa einstündigen Ausführungen mit dem Bemerken ein, daß der Magistrat nicht ohne Widerstreben bereit gewesen sei, auf diese Frage öffentlich einzugehen. Denn es handelt sich nicht ausschließlich um eine städtische Angelegenheit, sondern gleichzeitig um die Wahrung von Interessen des Staates. Die städtische Polizeiverwaltung, die wir bis vor wenigen Monaten hatten, bestand darin, daß die Stadt sämtliche Polizeikosten allein getragen und damit dem Staate, der eigentlich für die Sicherheit der Bürger zu sorgen hat, große Opfer von jährlich vielen Millionen brachte. In Städten mit staatlicher Polizeiverwaltung trägt der Staat die Kosten und zieht von der Gemeinde nur einen Teil der Kosten wieder ein. Der finanzielle Effekt ist also sehr erheblich zugunsten der Verwaltung. Der Oberbürgermeister schilderte dann das bei der Umwandlung der Polizeiverhältnisse übliche Verfahren und erklärte, daß die Verstaatlichung in Halle durch einen Erlaß des Ministers des Innern vom 22. August 1922 erfolgt ist. Die Verhandlungen zwecks Uebernahme der Gebäude und des Personalapparates gestalteten sich äußerst schwierig, wiederholt sind sie zum Stillstand gekommen, so daß zurzeit nicht abgesehen werden kann, wann sie zu einem guten Ende kommen werden. Das Ergebnis der ersten Verhandlungen zwischen Staat und Stadt führte zu keinem Abkommen. Der Staat wollte nicht alle Beamten der Polizei übernehmen, er ließ erklären, er sei gebunden an seine Etatsverhältnisse. Nur 110 Mann sollten in den Staatsdienst übernommen werden. Der Magistrat betonte, daß der Staat alles übernehmen müsse, was die Stadt an Beamtenkräften habe, wenn das Beamtentum nicht zu einer Gefahr für die städtische Verwaltung werden sollte. Nachdem die Verhandlungen längere Zeit geruht hatten, lief plötzlich ein neuer Antrag auf baldige Verstaatlichung ein, was den Magistrat veranlaßte, noch weiteres Entgegenkommen an den Tag zu legen, um zu einem Ergebnis zu kommen. Aber auch jetzt erklärten sich die Unterhändler des Ministers nicht bereit, alle Beamten zu übernehmen. Nach einer Aufstellung sollten 77 Polizeibeamte bei der Stadt verbleiben, wodurch dieser 85 Millionen Mark Kosten auferlegt würden. Nach einer anderen Berechnung sollten gar 185 Beamte der Stadt verbleiben wofür städtischerseits 148 Millionen Mark Gehaltsaufwendungen zu zahlen gewesen wären. Der Staat bedang sich dabei auch das Rückverweisungsrecht aus, d. h. Beamte, die ihm nicht brauchbar erschienen, sollten an die Gemeinde zurückgehen. Wieder kam man zu keinem Ergebnis.

Seit den Verhandlungen am 6. und 7. September ruht die Angelegenheit; es hat sich nichts mehr geriührt. Jetzt mußte sich der Magistrat die Frage vorlegen ob es denn so weitergehen solle.

Der Oberbürgermeister behauptete sodann, es sei festgestellt, daß wir eine Polizeiorganisation hätten, die sich den Aufgaben des Polizeidienstes nicht gewachsen zeige, und lobte das Polizeiauge des alten Systems, das überallhin schaute und daß bessere Zustände geherrscht hätten. Heute könnte das Verbrecherium damit rechnen, daß Polizei doch nicht zur Stelle sein würde. Diese „Feststellung" fand bei den bürgerlichen Stadtverordneten natürlich das richtige Verständnis. Das Denkmalsattentat hat der Magistrat zum Anlaß genommen, sich erneut mit einem ausführlichen Bericht an den Minister zu wenden und um Klärung der Verhältnie zu bitten. Herr Rive rühmte dann die weise Vorsicht, die der hallische Magistrat gegenüber anderen Städten, wie Erfurt und Recklinghausen, geübt habe, als er vom Staate verlangte, erst einen Vertrag abzuschließen und dann zu verstaatlichen. Anderwärts habe der Staat ein leichteres Spiel gehabt, hier sei er immer noch gezwungen, mit der Stadtverwaltung zu verhandeln und könne ihr nicht diktieren. Auf dieses Schreiben habe das Ministerium in einem an die Adresse des Oberbürgermeisters gerichteten Schreiben geantwortet. Er zitierte daraus folgende Sätze: „Ich habe bisher geglaubt, von einem scharfen Zugreifen absehen zu sollen in der Erwartung, in der Stadt Verständnis für das Rechte zu finden. Mit Ihnen bin ich der Ansicht, daß die derzeitigen Zustände nicht länger bestehen bleiben können. Ich habe Maßnahmen getroffen, um auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ohne Rücksicht auf die Haltung der Stadt Halle mit größter Beschleunigung die Polizeiverwaltung auf den Staat zu übernehmen." Dieser Schlußsatz versetzte dem Oberbürgermeister in sichtliche Erregung; er betonte, daß keinerlei gesetzliche Unterlage geboten sei, die dem Staate Veranlassung geben könnte, in der angedrohten Weise vorzugehen. Schließlich, so schloß er, gibt es noch Gerichte! Aus dieser nicht mißzuverstehenden Redewendung geht hervor, daß der Magistrat unter allen Umständen entschlossen ist, auf seinem bisher eingenommenen Standpunkte zu verharren, so daß mit der Möglichkeit eines Konflikts gerechnet werden kann.

Große Demonstrations-Versammlung der USPD. in Halle.

Gemäß dem heute auf der ersten Seite des „Volksblatt" erschienenen Aufruf des Zentralvorstandes der USPD. veranstaltet der hallische Ortsverein der Partei Sonntag mittag 12 Uhr eine große Demonstrationsversammlung gegen die Uebergriffe des französischen Militarismus, in der Genosse Prof. Dr. Heinrich Waentig sprechen wird.

Genauere Anzeige erfolgt morgen. Sorgt für regen Massenbesuch!

Wir haben nicht die Absicht, uns in die Verhandlungen, die morgen durch den Oberpräsidenten Hörsing hier fortgeführt werden sollen, hineinzumischen. Nach dem, was wir über den Verlauf der Verhandlungen von anderer Seite in Erfahrung gebracht haben, können wir uns nicht denken, daß die Schuld an der Verschleppung ausschließlich den Vertretern der Staatsregierung beizumessen sein sollte. Bei aller Entschiedenheit, mit der wir die Interessen der Stadt Halle auch fernerhin vertreten sehen möchten, möge man aber bedenken, daß der Staat gleichfalls mit großen, vielleicht noch größeren Schwierigkeiten zu rechnen hat, als der hallische Magistrat. Stutzig macht uns die Tatsache, daß in allen anderen Fällen, wo nichtsozialdemokratische Polizei-, Regierungs- und Oberpräsidenten die Beteiligten waren, die Neuordnung der Dinge sich reibungslos vollzog. Sollten diese Städte etwa weniger weitsichtige Oberhäupter haben, als wir? Jedenfalls kann angesichts der augenblicklichen schwierigen Verhältnisse nur die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die vom Minister angedrohten besonderen Maßnahmen nicht ergriffen zu werden brauchen und die morgigen Verhandlungen zu einem beiderseits befriedigenden Ergebnis führen.

Die hallische Handelskammer an die Reichsregierung.

In ihrer letzten Sitzung nahm auch die hallische Handelskammer zu der in ein neues Stadium getretenen Kriegsführung Frankreichs gegen Deutschland Stellung. Durch die wirtschaftlichen Forderungen Frankreichs, die sich auch auf Stickstoff erstrecken, wird die Industrie des Handelskammerbezirks besonders in Mitleidenschaft gezogen. Die Erfüllung des Ansinnens würde uns die Hälfte der Produktion des Leunawerks wegnehmen. Die Sitzung sandte dem Reichskanzler folgende Erklärung auf telegraphischem Wege:

An den Herrn Reichskanzler, Berlin.

Die Handelskammer Halle als gesetzliche Vertretung von Handel und Industrie des Regierungsbezirkes Merseburg stellt sich einmütig hinter die Reichsregierung im energischen Protest gegen die von Frankreich drohende Vergewaltigung durch vertragswidrige Besetzung weiteren deutschen Gebietes und erwartet, daß alle Volksgenossen in dieser Ab[illegible] fest zusammenstehen werden.

Zu den Sprengstoffattentaten

meldet der heutige Polizeibericht: Durch die weiteren, mit allem Nachdruck betriebenen Ermittelungen konnte eine restlose Aufklärung des Sprengstoffdiebstahls und der Sprengattentate herbeigeführt werden. Es kommen im ganzen elf Personen in Frage, von denen einige noch jugendlich sind. Acht Täter konnten bereits festgenommen werden. Drei sind flüchtig; sie werden verfolgt. Die Täter gehören der Kommunistischen Arbeiter-Jugend und der Kommunistischen Jugend an. Die entwendeten Sprengstoffmassen sind bis auf die, die zum Sprengen verwandt worden sind, herbeigeschafft und dem Eigentümer zurückgeführt worden.

* **Die Stadtverordneten** halten, wie gestern bereits berichtet, am kommenden Montag eine außerordentliche Sitzung ab, um sich über die Aufrechterhaltung des Stadttheaterbetriebes und die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise schlüssig zu werden. Außerdem soll eine Nachbewilligung für Bohrungen erfolgen. Da der Haushaltsausschuß am Montagmittag zusammentritt, ist der Beginn der Stadtverordnetensitzung diesmal auf 6 Uhr abends festgesetzt.

* **Die Zuckerkarte im Januar.** Die Dezemberabschnitte der Zuckermarken haben mit Ablauf des 31. Dezember ihre Gültigkeit verloren. Da von dem Januar-Quantum des für die Provinz Sachsen zur Verfügung gestellten Zuckers erst eine Teilmenge freigegeben wurde, ist vorläufig nur die Januar-A-Marke mit einem Pfund Zucker zu beliefern. Die Freigabe der Restmenge ist demnächst zu erwarten, so daß von etwa Mitte Januar an die Belieferung der Januar-B-Marke, auch mit 1 Pfund Zucker, erfolgen kann.

* **Paketbestellgeld und Paketausgabegebühr.** Im Zusammenhang mit den am 15. Januar eintretenden Erhöhungen der Postgebühren wird vom gleichen Tage an Paketbestellgeld für jedes dem Empfänger ins Haus gefandte (bestellte) Paket und eine Paketausgabegebühr für jedes bei der Post abgeholte Paket erhoben. Das Paketbestellgeld beträgt für jedes Paket bei einem Gewicht bis 10 Kilo 50 Mk. (jedoch für ein Zeitungspaket 25 Mk., bei höherem Gewicht 100 Mk.). Die Paketausgabegebühr wird auch für postlagernde Pakete und für solche Pakete erhoben, zu denen die Post nur die Paketkarten bestellt.

Aus den Gerichtssälen.

Wuchergericht.

300 000 Mk. Geldstrafe wegen Preistreiberei.

Vor wenigen Wochen stand der Kaufmann Richard Polen aus Berlin, der damals aber noch in Halle ein Zigarrengeschäft besaß, vor dem hiesigen Wuchergericht wegen Kettenhandels und unerlaubter Preistreiberei. Er zog sich damals eine empfindliche Geldstrafe zu. Gestern sah man ihn hier wieder auf der Anklagebank und neben ihm seine junge Ehefrau. Als eines Tages ein Mann in ihrem Geschäft Tabak unter 20 Mk. verlangte, wurde ihm von der Ehefrau des Geschäftsinhabers die Antwort, daß solcher nicht mehr zu haben sei. Das entsprach aber nicht der Wahrheit; denn im Keller und im Bodenraum soll noch billige Tabakware von rund einer Million vorhanden gewesen sein. Die Verkaufsverweigerung wurde damit motiviert, daß man die billige Ware habe der festen Kundschaft reservieren wollen. Die Lagerung des billigen Tabaks soll deshalb geschehen sein, um ihm die nötige Feuchtigkeit wiedergegeben. Das Gericht war jedoch der Meinung, daß die Verheimlichung der billigen Ware nur deshalb geschehen ist, um sie später zu teuren Preisen aus der Verborgenheit wieder vorzuholen. Beide Anklagte wurden deshalb wegen Preistreiberei zu je 150 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Schöffengericht.

Unschuldig ins Gefängnis gesteckt.

Ein Arbeiter aus Delitz a. B. war auf die Anzeige des Landjägers im Februar 1921 in Haft genommen, weil er sich solle des Betrugs in drei Fällen schuldig gemacht haben. Er saß dann 10 Tage hinter schwedischen Gardinen und wurde darauf aus der Untersuchungshaft entlassen. Nun stand er gestern als Angeklagter vor Gericht und die angeblich Geschädigten standen als Zeugen ihm gegenüber. Da stellte sich denn heraus, daß keiner von ihnen sich von dem Angeklagten betrogen fühlte. Sie haben von einer solchen Anzeige des Landjägers gar nichts wissen wollen. Auf die verwunderte Frage des Vorsitzenden, wie der Landjäger habe dazu kommen können, diese untergründete Anzeige zu erstatten, erklärte der Angeklagte, daß er dem Landjäger nicht ohne Grund einmal habe den Kopf gewaschen; das habe dieser ihm offenbar nicht vergessen können. Der Amtsanwalt beantragte darauf selbst die Freisprechung des Angeklagten, wofür sich das Gericht auch entschied.

Aus der Arbeitersportbewegung.

Ring-, Sport- und Artisten-Klub „Siegfried" hält Sonntag, den 14. Januar, seine zweite große Sport-Morgenveranstaltung im „Volkspark" (großer Saal) ab. Er tritt gegen „Achilles" (Halle) und „Adler" (Leipzig-Wahren) im Ringkampf und gegen „International" (Halle) im Boxen an. Ferner zwei gute Akrobatentruppen. (Siehe Inserat.)

Wetter-Voransage.

Sonnabend, 13. Januar: Vorwiegend wolkig, zeitweise Niederschläge, Temperatur wenig verändert.

Sonntag, 14. Januar: Wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, etwas Niederschläge, Temperatur um Null.

Montag, 15. Januar: Teils heiter, teils wolkig ohne nennenswerte Niederschläge, etwas kälter, nachts und früh Frost.

Spätinghof.

Roman von K. v. d. Eider.

Dr. Michelsen kam. Nachdem sich Mamsell murrend und widerwillig hatte untersuchen lassen, stellte der Arzt bei ihr ein schweres Nierenleiden verbunden mit einer Lungenaffektion und einem Magenkatarrh fest. Er verordnete Bettruhe und Diät und verschrieb einige Medizin. „Morgens und abends ein Pulver," sagte er, „und von der Medizin alle zwei Stunden ein Eßlöffel voll. Von den Tropfen zählen Sie gegen in ein Weinglas voll Wasser, einen Teelöffel voll Zucker dazu. Die Tropfen bekommt sie vor jeder Mahlzeit. Morgen komme ich wieder."

Auf der Diele hielt Jak den Arzt zurück. „Hm, sagen Sie mal, was ist Ihre Meinung? Wird die Alte wieder besser?"

„Besser? Ja, ein wenig besser kann es immer werden. Man muß sich wundern, daß sie überhaupt noch lebt."

„Ich hätte gern was Näheres gewußt," wandte Jak ein, „es ist doch manches in die Reihe zu bringen. Wie lange kann sie noch leben?"

Er sah dem Doktor nicht in die Augen, und doch hätte er gern gewußt, was für ein Gesicht der machte.

Doktor Michelsen zuckte die Achseln. „Wenn noch etwas zu ordnen ist, schieben Sie es nicht auf die lange Bank. Die alte Frau kann in vierzehn Tagen sterben, sie kann aber auch noch sechs Wochen leben. Genau kann man es nicht bestimmen, sie hat eine zähe Natur."

„Sie hat eine zähe Natur," wiederholte Jak. „Aber zum Frühjahr?" Er sah den Doktor an.

„Ja, das Frühjahr wird sie nicht mehr erleben," sagte Doktor Michelsen kopfschüttelnd, „das ist ausgeschlossen; der Körper ist zu schwach."

Der Doktor fuhr davon, und Jak stand am Dielenfenster und sah dem Wagen nach.

„Das Frühjahr wird sie nicht mehr erleben," murmelte er, und dan verfinsterten sich seine Züge. „Zäh" — knirschte er, „zäh wie" — er stockte, ein großes, graubraunes Tier schlüpfte dicht an ihm vorbei und verschwand hinter den großen Wandschrank. Mit den Worten: „eine Ratte" schloß Jak seinen Satz.

Er stand noch und sah starren Blickes auf die Stelle, wo die Ratte verschwunden war, als Jan aus der Wohnstubentür trat.

„Du kannst mal Rattenpulver mitbringen, wenn du am Donnerstag mit Butter nach Husum fährst," sagte er, „mir lief eben ein Biest über die Füße."

„Eine muß ja doch nach der Apotheke und Medizin holen, dann kann sie es gleich mitbringen," meinte Jan.

„Nein, laß man; es hat Zeit bis zum Markttage," entgegnete Jak kurz.

Drinnen in der Wohnstube in ihrem Wandbette lag Mamsell und lamentierte: „Drei Krankheiten! Ne, so viel kann ich mir nicht leisten. Und dann drei Medizinen! Das soll ich alles verschlucken? Das kostet bloß Geld und nützt doch nichts. Ich glaube nicht an solche Fisematenten. Und wer bezahlt es, he?"

„Ich bezahl den Doktor, und du nimmst ein, was er verschrieben hat!" sagte Jak kurz. „Und nun menaschier dich!"

Die Kranke zog murrend die roigestreifte Bettdecke bis an die Ohren und kehrte ihr Gesicht der Wand zu. Jak stand am Fenster und blickte hinaus auf die Spätings, wo die rotnunten Kühe grasten.

Seine Miene war undeutenglich, aber in seinem Kopfe arbeitete es. Er sann nach und rechnete, es war eine Rechnung über Leben und Sterben. Heute war der 16. Oktober. Wenn alles gut ging, konnten die Kühe noch vier Wochen draußen bleiben; sie hatten Gras genug und außerdem Schutz vom Hause. Wie aber, wenn es Frühreif oder Frühschnee gab, oder wenn die kalten nordöstlichen Sturmwinde einsetzten? Dann mußten die Kühe sofort, vielleicht schon in acht, vierzehn Tagen, in den Stall getrieben werden. Und dann, wenn dann die Tante starb, und wären die Kühe auch erst eine Stunde unter Dach, dann gehörte der Hof Jan, und er konnte davongehen und eine Arbeiterkate kaufen.

Er knirschte mit den Zähnen; er hatte die Faust in der Tasche. So leicht ließ er sich den Hof nicht nehmen, er, der Aelteste, der Stärkste, er, der mit Leib und Seele Landmann war. Finster, drohend blickte er nach dem Wandbette hinüber. „Ich wollte, sie wäre tot, morgen den Tagen," murmelte er.

Am Nachmittag ging Tine nach Husum und holte die Medizin. Die Kranke weigerte sich hartnäckig, etwas davon einzunehmen; erst als Jak mit drohender Miene ans Bett trat, erklärte sie sich bereit.

„Aber eingeben laß ich mir's nicht," sagte sie. „Ich bin doch kein Kind! Rührt mir das Gemischt in einem Tassenkopf und stellt mir's vor das Bett, dann nehm' ich es nachher."

So geschah es. Jan mischte die Tropfen mit Wasser und Zucker und stellte den Tassenkopf auf den Hofstuhl vor dem Bette. Niemand ahnte, als das Gefäß eine Weile danach geleert war, daß die Alte den Inhalt einfach in ihr Nachtgeschirr gegossen hatte.

„Wie werde ich denn solchen dösigen Kram herunterschlucken," sagte sie bei sich. „Das ist alles dummes Zeug, was die Doktoren verschreiben. Ich glaube nicht daran, und darum nehme ich es nicht ein. Dem Doktor zum Trotz nehme ich es nicht."

Als Dr. Michelsen am nächsten Tage wiederkam, fand er die Patientin schlechter als zuvor. Ein boshaftes Lächeln umspielte ihre Lippen, als er nochmals empfahl, ja pünktlich einzunehmen.

Draußen wehte der Herbstwind über die Fennen. Als und zu kam ein Regenschauer, und dazwischen schien die Sonne. Jak sah beständig nach dem Wetter aus, bald lugte er durch das Dielenfenster, bald stand er in der Stalltür, oder er stieg hinauf zu dem Boden und sah aus der Luke. Er sah eine Weile nach den wandernden Wolken, er erblickte auch die weißen Segel am Horizont; aber sie lockten ihn nicht.

Finsteren Antlitzes stieg er die Treppe hinunter, und wenn er dann ins Wohnzimmer trat, flog ein haßerfüllter Blick in die Ecke, wo die Türen des eingenamerten Bettes geöffnet standen.

Am Donnerstag fuhren Jan und Tine mit der Butter zum Husumer Wochenmarkt.

Jak ließ in der letzten Zeit den Bruder öfters fahren, um den Leuten nichts unnütz Grund zum Gerede zu geben, und Jan war es ganz lieb.

Während Tine auf dem Markte hinter ihrem Korb stand und Butter verkaufte, machte Jan in der Stadt die notwendigen Einkäufe. Er fuhr beim Reifenschläger vor und beim Nagelschmied, dann ging er zum Krämer und von hier zum Apotheker, wo er ein Päckchen Arsenik kaufte.

„Das ist Rattenpulver!" sagte er zu Tine, die alles in ihren leeren Butterkorb packte.

... Zu Hause angekommen, gab Tine die Tüte an Jak. „Das ist Rattenpulver," sagte sie. „Wo soll das hin?"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230112-17/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Weißenfels. Eine schwere Heimsuchung innerhalb eines Jahres hat die Familie des Stadtrats Gen. Kalbfleisch erfahren müssen. Im März vorigen Jahres starb infolge Unglücksfalls seine zweitälteste Tochter. Seine älteste Tochter, die ebenfalls seit mehr als einem Jahr erkrankt war, suchte im Frühjahr 1922 in einer Kuranstalt Genesung und kam auch bedeutend gebessert wieder zurück. Bereits nach wenigen Monaten warf dasselbe Leiden die Tochter wieder auf das Krankenbett, von dem sie nie wieder aufstehen sollte. Gestern morgen folgte sie ihrer vor 10 Monaten verstorbenen Schwester zur letzten Ruhe. Für die Eltern ist es hart, innerhalb eines Jahres zwei Töchter im Alter von 21 und 23 Jahren zu verlieren. Genosse Kalbfleisch, der weit über Weißenfels Grenzen bekannt ist, wird der wärmsten Anteilnahme an diesen Schicksalsschlägen versichert sein können.

Naumburg. Achtung, Kriegsbeschädigte! Zwecks Festsetzung der erhöhten Werbungskosten für den Steuerabzug im Jahre 1923 werden die Kriegsbeschädigten aufgefordert, sich unter Vorlegung des Rentenbescheides sowie des Steuerbuches bis zum 18. Januar in der Fürsorgestelle, Rathaus, Zimmer 120, zu melden.

Zeitz. Eine Gemeinheit. Ein junger Mensch von 21 Jahren stahl einer alten armen Mutter ihre paar Sparpfennige (28 000 Mk.) und verbrachte sie in weiblicher Gesellschaft in den Dielen. Dieses verdorbene Bürschchen sollte einmal am eigenen Leibe fühlen, was eine solche arme Witwe heute leidet.

Mansfelder Lande.

Eisleben. Liederabend des Arbeiter-Bildungsausschusses. Wir verweisen noch einmal auf das heute, Freitag, abend 8 Uhr im Volkshaus stattfindende Gesangskonzert des Arbeiter-Bildungsausschusses. Fräulein Maria Mora v. Goetz singt Lieder von Weber (Arie der Agathe aus der Oper „Der Freischütz"), Schubert, Brahms, Mozart und Reißer. Siehe auch die heutige Anzeige.

Eisleben. „Die Rabensteinerin". Auf die heute abend 8 Uhr stattfindende Aufführung „Die Rabensteinerin" zum Besten der Altershilfe sei nochmals aufmerksam gemacht.

Helfta. Billige Schuhe. Am Freitag, dem 12. Januar, werden von dem Gemeindevorsteher die noch vorhandenen Schuhwaren, Bekleidungsstücke, Stoffe und Hemdentuche zu billigen Preisen an die Einwohner abgegeben.

Helbra. Zur Hilfe bereit. Die Beamten und Angestellten der Gemeindeverwaltung haben einstimmig beschlossen, zu der geplanten Hilfsaktion für die Altershilfe im Mansfelder Seekreise von ihrem bezogenen diesjährigen Januar-Bruttogehalt ein Prozent zur Verfügung zu stellen.

Kleine Nachrichten.

Naumburg. Aus Schwermut in den Tod gegangen ist hier eine Frau in der Jägerstraße. — **Köthen.** Aus einem erbrochenen Güterwagen der Kleinbahn wurden acht Pakete neuer Säcke, gezeichnet „Zuckerraffinerie Alten" im Werte von 200 000 Mk. gestohlen. — **Hornburg.** Von den zum Trocknen aufgehängten Feuerwehrschläuchen wurden von Dieben die Messingarmaturen abgeschnitten und entwendet, wodurch der Stadt ein Schaden von 100 000 Mk. entstanden ist. Viel höher zu veranschlagen ist aber dieser Diebstahl als Zeichen der widerwärtigen Gewinnsucht einzelner, die nicht einmal vor Einrichtungen zurückscheuen, die der Allgemeinheit gehören. Auch im benachbarten Ilsingerode wurden die Schlaucharmaturen entwendet, dort sogar auch die Schläuche zerschnitten.

Aus der Jugendbewegung.

Bitterfeld. Genosse Saliger †. Gestern starb unser Jugendgenosse Saliger. Einer unserer rührigsten und fähigsten Jugendgenossen ist mit ihm dahingeschieden. An seiner Bahre trauern viele Jungproletarier des Bezirks Halle-Merseburg, die mit ihm gemeinsam mehrere Jahre um die Erlösung des gesamten Jungproletariats aus den Ketten kapitalistischer Knechtschaft und rückschrittlicher Geistesbande gerungen haben. Die Beerdigung findet Sonnabend 2 Uhr statt. Der Verband der Sozialistischen Arbeiter-Jugend ruft dem dahingeschiedenen Genossen Saliger einen letzten Gruß nach. Wir werden im Geiste des toten Streiters rastlos weiterarbeiten.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: F. O. H. Schulz; für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: Gottlieb Kasparek; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H., Halle/Saale, Harz 42/44.

Arbeits-, Militär- und Manchester Hosen sowie sämtliche Weiß- und Wollwaren Trikotagen Barchent-hemden Damenwäsche, reinw. Strümpfe, und Socken, Schlafdecken billig bei Lipper, Magdeburger Straße 25, am Walhalla. 2298

Gold-, Silberwaren-, Platin-Bruch, Uhren, Ketten, Ringe, Brillanten kauft Emil Poenitzsch jun. Marktplatz 13 (Ecke Talamstr.) 2073

Chaiselongue, Auflege-Matratz., Patent-Matratzen, Küch-Einrichtung Möbelhaus Kurt Hoffmann Ludw.-Wuchererstr. 37

Halt! Kleine Anzeigen wie: Kauf-Gesuche und -Angebote, Vermietungen, Unterricht, Stellengesuche, Vereinsnachrichten usw. finden hier stets ihren Erfolg!

Der Neue-Welt-Kalender 1923 ist vergriffen und nicht mehr zu beziehen. Wir empfehlen dafür den Vorwärts-Almanach ★ 1923 ★ mit prächtigen Kupferdruck-Illustrationen sowie reichhaltiger Text-Ausstattung zum 100 Mk. (neuer Preis Preise von 225,- Mark). Porto 10 Mk. Vorher. Zus. erwünscht. Der Kalender ist vorrätig in den Volksblatt-Buchhandlungen Halle, Gr. Ulrichstrasse 27 Eisleben, Grabenstrasse 50 Wittenberg i. d. Zigarrenhandlung des Gen. Sauerwein, Jüdenstr. 10

Möbel! Speisezimm., Schlafzimm., Küchen, Ankleide-Kleiderschränke, Vertikos, Tische, Bettstell. m. Matr., Sofa, Flurgarderoben, all. in groß. Auswahl, verk. noch billig neu und gebraucht. Otto Thormann, Brüderstr. 14

Beschädigt. Elfenbein-Billardbälle Gold- Silber- Bruch Doublé kauft laufend. 2297 Luxussteuer trage ich. Höwing, Prinzenstr. 12 Ecke Merseburger Str. Kein Laden.

Kauft nur bei den Volksblatt-Inserenten

Januarbelieferung mit Zucker.

Die Dezemberabschnitte der Zuckermarken haben mit Ablauf des 31. Dezember 1922 ihre Gültigkeit verloren. Da von dem Januar-Quantum des für die Provinz Sachsen zur Verfügung gestellten Zuckers erst eine Teilmenge freigegeben wurde, ist vorläufig nur die Januar A-Marke mit 1 Pfund Zucker zu beliefern. Die Freigabe der Restmenge ist demnächst zu erwarten, sodaß von etwa Mitte Januar an die Belieferung der Januar B-Marke auch mit 1 Pfund Zucker erfolgen kann.

Halle, den 4. Januar 1923.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.

Zuckerversorgung.

Das Personal bei Apotheken, Anstalten, Gastwirtschaften und Pensionen hat Anspruch auf Zuckerkarten. Wird es in diesen Betrieben beköstigt, so hat es die Zuckerkarten für diese Beköstigung ebenso zu verwenden, wie dies zum Beispiel bei Hausangestellten regelmäßig der Fall ist. Bis zu einer etwaigen anderen Regelung sind als Anstalten im Sinne meiner Ausführungsbestimmungen zur Reichsverordnung vom 3. Oktober 1922 (RGBl. S. 762) auch die Strafanstalten anzusehen.

Halle, den 6. Januar 1923.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.

Anzeigen-Annahme für die Mansfelder Lande: Eisleben, Grabenstraße Nr. 50

Mansfelder Lande

Bestellungen für die „Volkszeitung" nimmt entgegen: Volksbuchhandlung Eisleben, Grabenstraße 50.

VSPD

Mansfelder Kreise

Eisleben.

Jungsozialisten. Sonnabend, 13. Jan., abends 8 Uhr, im Jugendheim, Vortrag des Genossen Hermann Müller über: Programme der sozialistischen Parteien. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Vereinsanzeiger

Arbeit.-Turnverein „Ludwig Jahn". Dienstags und Freitags 8 bis 10 Uhr, Sonntags 10 bis 12 Uhr: Turnstunde. Donnerstags 8 bis 10 Uhr: Frauenabteilung. Jeden Sonntag nach dem 15.: Monatsversammlung.

Arbeiter-Samariter-Kolonne. Jeden Sonntagvormittag Uebungsstunde im Jugendheim.

Deutscher Metallarbeiterverband, Eisleben. Zahlstelle: O. Springhettt Bäckergasse 12 II.

Deutscher Bergarbeiter-Verband. Jeden zweiten Sonntag im Monat im „Volkshaus": Mitgliederversammlung. Zahlstelle Kollege Hendrich und „Volkshaus".

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Eisleben. Jeden Mittwoch nach dem 15. Mitgliederversammlung im „Volkshaus".

Freidenker, Eisleben. Jeden vierten Sonntag im Monat im „Volkshaus" Monatsversammlung.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Eisleben. Jeden Donnerstag Beratungsabend. Jeden ersten Montag nach dem Monatsersten: Mitgliederversammlung.

Unter Anlehnung an den durch das Landesfinanzamt zu Magdeburg ab 1. Januar 1923 erneut festgesetzten Wert der Sachbezüge werden auf Grund des § 160 der Reichsversicherungs-Ordnung und § 1 Abs. 3 des Versicherungs-Gesetzes für Angestellte in der Fassung des Gesetzes über Aenderung des Versicherungs-Gesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungs-Ordnung vom 10. November 1922 folgende Sätze festgesetzt:

Gruppe	I. Wert der freien Station einschl. Beköstigung, freie Wohnung nebst Heizung und Beleuchtung				II. Bei teilweiser Gewährung der unter I bezeichneten Bezüge ist zu rechnen: a) für Beköstigung				b) für Wohnung				c) Heizung u. Beleucht.			
	Tag	Woche	Monat	Jahr	Tag	Woche	Monat	Jahr	Tag	Woche	Monat	Jahr	Tag	Woche	Monat	Jahr
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
1. Angestellte in leitender und gehobener Stellung, z. B. Inspektoren, Geschäftsführ., Betriebsbeamte, Werkmstr., Bureauangestellte, die nicht nur mit niederen oder mechanisch. Dienstleistungen beschäftigt werden, Assistenten in Apotheken und Apotheker-Praktikanten, Lehrer und Erzieher, Bühnen- und Orchestermitglieder, Hausdamen u. Gesellschafterinnen, Stützen u. Haushälterinnen, letztere drei mit Aufsichtsbefugnissen über Untergebene	500	3500	15000	180000	460	3220	13800	165600	10	70	300	3600	30	210	900	10800
2. Männl. Dienstboten, männliche und weibliche Gewerbegehilfen, Gesellen u. Arbeiter	400	2800	12000	144000	380	2660	11400	136800	4	28	120	1440	16	112	480	5760
3. Weibliche Dienstboten und Hausangestellte, Krankenschwestern, männliche und weibliche Lehrlinge aller Art, soweit sie nicht unter 1 und 2 fallen, Waschfrauen, Aufwärterinnen u. Näherinnen	300	2100	9000	108000	290	2030	8700	104400	2	14	60	720	8	56	240	2880

Anmerkung. Bei teilweiser Beköstigung ist zu rechnen bei Gruppe 3: Für den Tag: Für Frühkaffee 30 Mk., für Frühstück 30 Mk., für Mittag 120 Mk., für Vesperbrot 30 Mk. und für Abendbrot 80 Mk. Der Wert der sonstigen Sachbezüge wird von Fall zu Fall festgesetzt.

Diese Sätze treten mit dem 1. Januar 1923 in Kraft. Für weitere Berufsgruppen mit regelwidrigen Verhältnissen der Sachbezüge wird Einzelprüfung und Festsetzung vorbehalten. Mit dem Inkrafttreten dieser Bekanntmachung wird unsere frühere Festsetzung des Wertes der Sachbezüge vom 28. Oktober 1922 aufgehoben. Das Versicherungsamt hat beschlossen, die jeweiligen Sätze über den Wert der Sachbezüge, wie diese vom Landesfinanzamt in Magdeburg festgesetzt und in Kraft gesetzt werden, bis auf weiteres auch für den Bezirk unseres Versicherungsamts gelten zu lassen. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß der Wert der Sachbezüge bei Verwendung der Wochenbeiträge zur Invalidenversicherung, für die Krankenkassenbeiträge und bei der monatlichen Markenverwendung für die Angestelltenversicherung neben dem etwaigen Barlohn in Anrechnung zu bringen ist.

Eisleben, den 5. Januar 1923.

Städtisches Versicherungsamt.

Neustadt-Theater. Heute 5 Uhr Eröffnungsvorstellung des großen Monum.-Films: Hanneles Himmelfahrt. Der zweite große Schlager: Tanja, die Frau an der Kette. Fern. das tolle Lustspiel: Fatty aus dem wilden Westen. — Freitag bis Montag Frei- sowie Ehrenkarten aufgehoben. — Freitag ab 5 Uhr, Sonntag ab 3 Uhr: Familien- u. Kindervorstellung. — Gesang u. verstärkt. Orchest.

Textbücher zu den Aufführungen im Stadttheater halten wir stets vorrätig Volksblattbuchhandlung der Vereinigten Sozialdemokr. Partei Halle (Saale), Gr. Ulrichstr. 27

Lichtspiele Freitag bis Montag: 2 hervorragende Filmwerke Grete Freund, Felix Basch, Hermann Thimig, Emil Rameau, Herm. Picha in Der Fluch des Schweigens Sitten- und Lebensbild in 5 packenden, zu Herzen gehenden Akten. Der Lebensgang eines armen Mädchen Eddie Polo in Seepiraten Um Leben und Tod. Vorgeschichte u. 6 spannende Akte

Unsere Leser werden hierdurch gebeten, bei ihren Einkäufen u. beim Besuche v. Veranstaltungen nur die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Heute, Freitag, abends 8 Uhr, im „Volkshaus": Lieder-Abend des Arb.-Bildungs-Ausschusses. Maria Mora v. Goetz singt Lieder von Weber, Schubert, Brahms, Mozart u. Reißer. Vorverkauf bis heute abend 6 Uhr in den bekannt. Geschäften. Kassenöffnung 7 Uhr.

Stempel sofort Otto Schnabels Stempelfabrik Halle Tel. 1700

Oberhemden weiß und farbig, mod. Kragen, Handschuhe in Leder, Seide, Stoff, Krawatten, Taschentücher, Spielwaren. G. Liebermann, Geiststr. 42.

Amtliche Bekanntmachungen

Eisleben

Sonnabend, den 13. Januar, vormittags 9 Uhr, findet eine Nachlaßversteigerung Klosterplatz 17 statt.

Eisleben, den 3. Januar 1923. Der Magistrat.

Helbra

Alle Familien, insbesondere Witwen und Invaliden, welche zurzeit eine größere Wohnung innehaben und gewillt sind, diese gegen eine kleinere umzutauschen, werden gebeten, sich umgehend auf dem hiesigen Wohnungsamt zu melden.

Helbra, den 10. Januar 1923. Der Gemeindevorsteher.

Mansfelder Seekreis

Erhöhung der Mehl- und Brotpreise.

Mehlabrechnung am 16. Januar 1923.

Infolge Erhöhung der Preise für Umlagegetreide tritt mit dem 15. Januar 1923 eine Erhöhung der Mehl- und Brotpreise ein. Ich ersuche deshalb die Gemeindebehörden, bei den Bäckereibetrieben am 15. Januar 1923 vor Geschäftsanfang den buchmäßigen (nicht den tatsächlichen) Mehlbestand festzustellen. Zu diesem Zwecke haben sämtliche mit Kommunalmehl belieferten Bäckereibetriebe die Verpflichtung, spätestens am 16. Januar 1923 die vorgeschriebene Mehlanforderung mit der Abrechnung unter Beifügung der Mehllieferungsscheine und sämtlicher Markenbogen der Gemeindebehörde abzugeben, sie prüft sowie versichert die Richtigkeit und reicht das Material der Kreisgetreidestelle unverzüglich ein.

Ich warne die Bäckereibetriebe vor vorzeitiger Annahme der Brotmarken für die Woche vom 15. bis 21. Januar oder noch spätere Zeit.

Solche Brotmarken dürfen in der Abrechnung vom 15. Januar 1923 nicht erscheinen und werden nicht mit Mehl beliefert.

Eisleben, den 8. Januar 1923. Der Landrat.

Klostermansfeld

Nachdem für den Monat Dezember 1922 unsere Betriebskosten abermals erheblich gestiegen sind (der Preis für elektrischen Strom allein ist um das 2½fache höher) müssen wir ab 1. Dezember 1922 den Wasserpreis für die verbrauchte Menge auf **97,50 Mk. pro Kubikmeter** erhöhen. Für die Ergänzung zur Mindesttaxe wird der Preis von 70 Pf. weiter berechnet.

Klostermansfeld, den 6. Januar 1923.

Gruppenwasserwerk Klostermansfeld.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230112-17/fragment/page=0006